

Pozener Tageblatt

Sticker- und Zeichnungsatelier
MASCOTTE
unter dem Kino Apollo
Größte Auswahl in fertig- u. aufgezzeichneten Arbeiten sowie Zutat. Grösste erneuerte Kollekt. in Muster- vorlag. Annahme v. sämtl. Sticker- und Monogrammen. Billigste Preise.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zl. in den Ausgabestellen monatl. 5.— zl. In den Ausgabestellen in der Provinz (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zl. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zl. Deutschland u. übriges Ausland 8.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zl. mit illust. Beilage 0.40 zl. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posenen Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6106, 6275. Telegrammannschrift: Lageblatt, Poznań. Postfachkonto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Ate., Działarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfachkonto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr., im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr., Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Zuschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50%, Zuschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler insolge unentlicher Manuskriptes. — Anschritt für Anzeigenanträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6106. — Postfachkonto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

Autorisierte
THOMSEN
Dienststelle
für
Zylinder-Erneuerung
Ein geborhter Zylinder ist besser als ein geschliffener
W. MOLLER
Poznań-Dąbrowskiego 34

70. Jahrgang

Freitag, 16. Oktober 1931

Nr. 238.

Die Aussprache im Reichstag

Die Reden der Parteiführer

Im Reichstag begann gestern mittag die politische Aussprache über die Regierungserklärung des Reichstanzlers Dr. Brüning. Als der Reichstagspräsident Löbe die Debatte eröffnete, ist die Regierung fast vollständig erschienen. Kleinere Gruppen, die von den Rechtsparteien anwesend sind, verlassen sofort den Saal, als dem sozialdemokratischen Redner, Dr. Breitscheid, das Wort erteilt wird. In der Rede geht

Dr. Breitscheid
zunächst auf die Zollunion ein. Außenminister Dr. Curtius sei wegen dieser Angelegenheit in die Wüste geschickt worden. Dann beschäftigte sich Breitscheid mit der Wirtschaftskrise. Er verwies auf die Weltkrise, um nachzuweisen, daß es nicht die Regierung, ihr System, die Republik oder der Marxismus gewesen seien, die die Krisis herbeiführten. Die Methode der Notverordnungen, die den sozialdemokratischen Grundgesetzen eigentlich zuwiderläufe, sei darauf zurückzuführen, daß rechts und links große Parteien mit antiparlamentarischer Tendenz und Diktaturneigungen vorhanden seien. An der Grundidee der bisherigen Notverordnungen übt er scharfe Kritik. Er sagt: Wenn Dr. Brüning über den Winter hinwegkommen will, dann muß er zunächst gewisse Halbheiten und Schwierigkeiten überwinden.

Dann geht der sozialdemokratische Redner auf die Tolerierungspolitik über. Die Kommunisten benutzen die Gelegenheit zu höhnischen Zwischenrufen. Breitscheid erklärt: Wir haben das Kabinett Brüning nicht gebildet, weil wir glaubten, daß es in sozialistischem Sinne die Notverordnungen könnte, sondern weil wir die Staatsform schützen wollten gegen die Angriffe der Faschisten.

Wir halten es für bedenklich, wenn die Nationalsozialisten zur Macht kommen. Wir wußten, daß unsere Haltung den Arbeitern Opfer zumutet und daß wir mit Abspaltung rechnen mußten. Wir haben trotzdem das Kabinett Brüning gewählt, weil es uns nicht auf billigen agitatorischen Erfolg antommt, sondern auf die Erhaltung des Staates. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nun wendet sich Breitscheid gegen die Rechte. Er hält der Deutschen Volkspartei vor, sie sei den radikalen Gruppen nach Harzburg mit der Schwartzei eines alternden Mädchens gefolgt, und dreht den bekannten Werbespruch von den roten Ketten wie folgt um: „Som lekten Wähler macht Euch frei allein der Führer Dingelbühl“ (Große Heiterkeit). Dann gerät er in einen Disput mit den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fric und Stöhr, die für ihre Faktion allein im Saal anwesend sind. Er fragt: Rollen Sie den Kampf für Ihren Sozialismus führen? Arm in Arm mit Hugenberg, Arm in Arm mit den Aufsichtsräten? (Stöhr: Arm in Arm? Wer sagt Ihnen das?) Herr Dr. Fric, Sie haben genau vor einem Jahr den Antrag gegen die Bank- und Börsenkrise eingebracht. Ist Ihnen bekannt, daß auch in Harzburg Leute waren, die man als Inflationisten, Deflationisten oder Kriegsgewinnler bezeichnet und die nach Ihrem Antrage alle sofort enteignet werden müßten, und mit diesen Leuten machen Sie jetzt Sozialismus, mit den Vertretern der schlimmsten Reaktion! (Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Hintergründe von Harzburg haben sich Sozialdemokraten den Entschluß, auch dem neuen Kabinett Brüning nicht mit einem Mißtrauensvotum zu begegnen, wesentlich erleichtert. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer Polemik gegen die Kommunisten, die er als Schlepenträger der Reaktion bezeichnet, widmet sich Breitscheid wieder dem Wirtschaftsprogramm der Regierung. Er stellt über das sozialdemokratische Programm gegenüber, um fortzuführen: Wir wissen, daß diese Dinge nicht auf einen Schlag zu erreichen sind, wir wissen, welche unendlichen Hemmnisse der Reichstanzler hat, zum Teil infolge der Politik der Kommunisten. Wir wissen, daß die Ueberwindung des privatkapitalistischen Systems nicht von heute auf morgen und nicht mit den Mitteln der Gewalt, auch nicht durch Parolen erreicht wird. Kein Herr Reichstanzler, es handelt sich nicht mehr um Schönheitsfehler des privatkapitalistischen Systems. Man muß das Ziel haben, die Voraussetzungen für die Ueberleitung in ein anderes Wirtschaftssystem zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Fric,

der nunmehr das Wort erhält, verliest eine um-

fangreiche Erklärung. Zu Beginn seiner Rede strömen die Nationalsozialisten und Deutschen in den Saal. Reichstanzler Dr. Brüning verläßt demonstrativ seinen Platz.

Die nationalsozialistische Erklärung begründet das Fernbleiben von der gestrigen Kanzlerrede als bewußten Verzicht, die Lebensäußerungen eines zu baldigem Absterben bestimmten, volks-schädlichen Systems zur Kenntnis zu nehmen, und als sichtbaren Ausdruck der Stimmung, von der die Tagung in Bad Harzburg erfüllt gewesen sei. Sie bescheinigt dem Reichstanzler, daß er sich zwar nicht geäußert habe, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis zu verwerten, wie beispielsweise bei der Reform des Aktienrechts, bei der Bemessung der Höchstgrenze für Gehälter und Pensionen usw., während er gleichzeitig den Nationalsozialisten unterstellt habe, sie könnten unter Umständen die von ihm auf diesem Gebiet getroffenen Maßregeln sabotieren. Die Notverordnungspraxis sei von den Nationalsozialisten abgelehnt worden und werde gegebenenfalls weiter abgelehnt werden, weil solchen Regierungen nicht die Befugnis zuerkannt werden könne, die Vorschriften des Artikels 48 für ihre rein parteipolitischen Ziele und Bestrebungen anzuwenden.

Die Erklärung fährt fort: Wir stellen fest, daß wir die Inflation, die seinerzeit von den Deuten hervorgerufen wurde, die Träger des Systems gewesen sind, das der Reichstanzler zu verteidigen bestrebt ist, als ein Verbrechen an den ehemaligen Kapitalrentnern, Sparern und Hypothekengläubigern und darüber hinaus an gesamten Volk bis zum heutigen Tage ununterbrochen in der schwersten Form gebrandmarkt haben. Es ist daher nahezu überflüssig, zu sagen, daß wir uns eines ähnlichen Verbrechens niemals schuldig machen werden.

Die NSDAP hat von ihrer Gründung an die ausschlaggebende Stellung des deutschen Arbeitnehmers im Staatsleben proklamiert und stets die verantwortungsbewußte paritätische Mitarbeit der berufständischen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Staats- und Wirtschaftsaufbau gefordert.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß diese Grundzüge auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung für uns maßgebend sein werden.

Wir sind überzeugt, daß das angekündigte Wirtschaftsprogramm des Reichstanzlers solchen Grundzügen nicht entsprechen wird, weil es, wie alles, was im nichtnovemberlichen Deutschland bisher geschehen ist, auf dem Fundament des überlebten Liberalismus und des volkszerstörerischen Marxismus beruhen wird und daher erfolglos bleiben muß. Die Regierung ist nach unserer Ueberzeugung nicht fähig, eine Reihe von wichtigen Problemen, die nationalsozialistischen Forderungen entsprechen, einer Lösung näherzubringen, weil solche Forderungen selbstverständlich nur von Nationalsozialisten in die Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzulänglichen oder böswilligen Nachahmern. (Lachen links, Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Dr. Fric's Erklärung spricht weiter von einem völligen Verlagen des Kabinetts Brüning nicht nur auf dem Gebiete der Innen-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, sondern auch von völliger Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit seiner Politik in den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten.

Der Reichsregierung wird vorgeworfen, sie habe nichts dagegen getan, daß Deutschland nach wie vor Spielball fremder Weltmachtgefühle sei. Die Erklärung fährt fort: Die Politik Frankreichs als der europäischen Großmacht auf militärischem, politischem und finanziellem Gebiet, ist nach wie vor die fürchtbarste Gefahr nicht allein für unser wehrloses Vaterland, sondern auch der ständig bedrohlich anwachsenden Unruhenherd für die übrigen Nationen des Kontinents.

Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verwirklichung auch mit Frankreich bereit (Lachen links), wenn sie die Gewähr bietet, daß den oben gekennzeichneten Lebensbedingungen für unser Volk dabei Rechnung getragen wird.

Wir sehen die vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik darin, durch ein planmäßig gefördertes Bündnisystem mit den Völkern, die unter dem auf der Kriegsschuldfrage beruhenden sogenannten Versailler Friedensvertrag ebenfalls leiden, die unerlässliche Voraussetzung für die

Wiederherstellung der Stellung des deutschen Volkes in der Welt zu schaffen.

Wir machen es der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie ebenso wie alle ihre Vorgängerinnen im Kampf gegen die Kriegsschuld lässlich verlag hat.

Dr. Fric schließt mit einer Abfrage auch an die personelle Zusammensetzung des Kabinetts und mit der Ankündigung, seine Partei werde nicht ruhen und rasten, bis sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung und kraft ihres Rechts die Führung der Nation zum Wohle ihrer wertvollen Schichten in Händen halten werde. Fric's letzte Worte lauten: Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Der Inhalt heißt: Kraft und Wille! Ihr Ziel: Freiheit, Arbeit und Brot! (Stürmischer Beifall bei den Nat.-Soz., die während sie hinausmarschieren, die Hände emporheben und Heil! rufen.)

Der Kommunist

Remmel,

der in der zweiten Nachmittagsstunde das Wort hat, sagt der Regierung Brüning ebenfalls scharfen Kampf an. Das Haus ist so gut wie leer.

Der kommunistische Redner wirft der Regierung vor, sie sei die unmittelbare Vorstufe für die faschistische Diktatur. Er fordert u. a. den Austritt aus dem Völkerverbund.

Nach diesen Rednern erhielt

Dr. Oberfohren,

der Redner der Deutschnationalen Partei, das Wort. Als er zu sprechen beginnt, erscheinen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder im Sitzungssaal. Oberfohren erklärt ausdrücklich, der Wiedereinzug in den Reichstag sei nicht dazu bestimmt, um parteipolitische Palaver zu führen. Die Nationale Opposition sei gekommen, um Abrechnung zu halten und dem jetzigen System und seinen Trägern eine Kriegsanzeige zu überbringen. Oberfohren polemisiert in diesem Zusammenhang gegen den Volksparteiler Dingeldey, bei dem sich zwar manche guten Ansätze zu besserer Einsicht gezeigt hätten, der aber noch immer sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewußtseinsverfassung der deutschen Bevölkerung habe, wenn er die Selbstausschaltung der Nationalen Opposition im Reichstag einen Fehler nannte.

Der Deutschnationale Redner kündigt an, daß man die Gewaltmethoden der Geschäftsordnungsreform dem herrschenden System einmal hundert- und tausendfach heimzahlen werde. (Stürmischer Beifall rechts.)

Er verbreitet sich dann über die Wirtschaftskrise und äußert die Ueberzeugung, das deutsche Elend sei nach Ansicht von Millionen des deutschen Volkes nicht auf die Weltkrisis zurückzuführen, sondern auf die mangelnde Voraussicht der gegenwärtigen Machthaber. Dem Kanzler wirft er vor, die Fühlung mit der Seele des deutschen Volkes vollständig verloren zu haben.

Dr. Oberfohren erklärt: In Deutschland gibt es heute schon Millionen, die bereit sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. Die in Harzburg gebildete Front steht fest und wird sich in geschlossener Stoßkraft gegen das heutige System wenden. Der Steintiner Parteitag war nicht nur eine grandiose Heerschau, sondern auch ein erschütterndes Bekenntnis zu dem Führer Hugenberg. Versuchen Sie (zu den Sozialdemokraten) es doch einmal, mit dem Banker Kreuzer im Magen eine solche Kundgebung zu veranstalten. (Heiterkeit.) Hugenberg in aufreizenden Reden vorzuwerfen, daß er den Reichspräsidenten in die politische Debatte gezogen habe, dazu haben diejenigen am allerwenigsten ein Recht, die seit 1 1/2 Jahren die Autorität des Reichspräsidenten in der unangenehmsten Weise untergraben haben. Das Kabinett hat durch die fortgesetzten Notverordnungen und ihre Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten die Schuld auf sich geladen, den Namen und das historische Ansehen des Reichspräsidenten zu gefährden.

Der deutschnationale Sprecher setzt sich dann sehr ausführlich mit der Behauptung auseinander, die Deutschnationale Volkspartei sei zur Teilnahme an der Verantwortung aufgefordert, und es habe sich die Unmöglichkeit gezeigt, mit ihr zusammenzuarbeiten. Er nennt diese Darstellung völlig unwahr und spricht von Verschleierungs-, Vernebelungs- und Rohkäufmethoden.

Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende erklärt, die Regierung Brüning habe alle Gefahrenpunkte in den Wind geschlagen. Er nimmt den Großindustriellen Fric Thyssen und Ge-

Alles auf einen Blick:

Im Reichstage fand gestern die Aussprache über die Erklärung des Reichstanzlers statt. Es sprachen bereits die wichtigsten Parteien, über deren Reden heute ausführlich berichtet wird.

Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Brüning ist heute im Wortlaut veröffentlicht.

In Spanien ist Ministerpräsident Zamora zurückgetreten. Das neue Kabinett ist bereits gebildet.

In Ostasien hat sich die Situation wieder verschärft. Er wird wahrscheinlich zu neuen militärischen Operationen kommen.

Die Tagesordnung im Sejm sieht eine große Reihe neuer Gesetze und einen Beschluß über eine Telephonanleihe vor.

Der Senat ist eröffnet worden. Die Tribünen waren leer und das Interesse sehr gering.

Die polnischen Sozialisten haben ein Projekt eingebracht, wonach den Ukrainern eine Autonomie gewährt werden soll.

Die Bevölkerung soll mit neuen Abgaben belastet werden.

Sie müssen lesen:

Die Aussprache im Reichstag. — Eröffnung im Senat. — Die Tagesordnung der morgigen Sejm-sitzung. — Den Briefwechsel Hindenburg-Brüning. — Ein ukrainisches Autonomieprojekt.

Heute Beilage „Aus aller Welt“

heimrat Hugenberg gegen Vorwürfe in Schuß, sie hätten durch ihre warnenden Äußerungen eine Inflation herbeiführen wollen. Er fährt fort: Worauf ist denn eigentlich die ganze Regierung Brüning aufgebaut? Die erste fanthastische Ankündigung lautete: Wir treten diese Regierung an mit der Zielsetzung der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft. Die anderen Sätze lauteten: Wir werden nunmehr die Reichskassen sanieren, den Etat ausgleichen und dann der Herabsetzung der Tributleistungen näher-treten. Nichts davon ist auch nur in Angriff genommen worden! Das ist ein Fiasko, wie es selten in einem Kulturvolk zu verzeichnen gewesen ist! (Unruhe links, lebhafter Beifall rechts.) Das ist ein Fiasko, das diese Regierung erleben konnte, war, daß sie selbst sieben Millionen Arbeitslose ankündigen mußte.

Diese Arbeitslosigkeit kann gewiß in diesem Moment kein Mensch beheben (Aha links und in der Mitte), aber diese Arbeitslosigkeit ist nicht zum geringsten Teil darauf zurückzuführen, daß man bewußt durch Steuern die Grundlage der deutschen Wirtschaft vernichtet hat. Die Zwangsbewirtschaftung der Arbeit, jene Ergründerzeit der Nachkriegszeit, ist daran schuld und muß beseitigt werden. (Lärm links.)

Dr. Oberfohren fährt fort: Ich habe an den rungen Reichstagspräsidenten a. D. Dr. Schacht gegen den Vorwurf des „wirtschaftlichen Landesverrats“, den es überhaupt nicht gebe, in Schuß. Die Dinko pflege alle Männer als Landesverräter zu brandmarken, die der Wahrheit eine Gasse hauen. Er stellt mit Genugtuung fest, daß Reichstanzler Dr. Brüning eine stark gemäßigtere Tonart in der Beurteilung der Harzburger Vorgänge, soweit sie sich auf Dr. Schacht beziehen, in die Welt gesetzt habe. Dr. Schacht sei übrigens zu Auseinandersetzungen gern bereit, wie man sehr bald hören werde. Als er eine Reihe von Äußerungen Dr. Schachts nach dem Manuskript verliest, ertönen auf der linken Seite „Hochverräter!“ Die „Frankfurter Jtg.“ habe wörtlich dasselbe gesagt. (Hört, hört! rechts.)

Dr. Oberfohren fährt fort: Ich habe an den Reichsfinanzminister die Bitte zu richten, uns hier im Reichstag mitzuteilen, in welchem Maße tatsächlich die Mittel der Reichsbank heute gebunden sind. Ich bezeichne es als eine Infamie, wenn auch heute noch behauptet wird, daß auf der Harzburger Tagung ein Angriff zur Herbeiführung der Inflation gemacht worden sei.

Ich erkläre ausdrücklich, daß alle diejenigen Kreise der nationalen Opposition, für die ich hier spreche, jeden Versuch einer Herbeiführung der Inflation als ein Verbrechen ansehen. (Beifall rechts.)

Zum Schluß greift Oberfohren die Notverordnungspraxis an, die jeder verfassungsmäßigen und rechtlichen Grundlage entbehre. Er fordert die Regierung auf, dem Volke statt Notverordnungen Arbeit und Brot zu geben. (Großes Gelächter bei der Mehrheit.) Er kündigt an, daß die nationale Opposition dem offenen Bruderkrieg, dem täglich viele ihrer Mitglieder zum Opfer fielen, im geeigneten Moment Widerstand leisten werde. Er nimmt das Wort Dr. Fric's

Der Briefwechsel Hindenburg-Brüning

Der Wirtschaftsbeirat

Der Reichspräsident hat gestern, wie bereits kurz mitgeteilt, einen Brief an den Reichkanzler gerichtet, der wie folgt lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichkanzler! Die Wirtschaftskrise, die sich in der ganzen Welt fortjährend verschärft, weist der Reichsregierung die schwere Aufgabe zu, ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen. In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzusetzen, der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziele, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Ich hoffe und vertraue, daß in einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und diesem Wirtschaftsbeirat Wege gefunden werden, die das deutsche Volk in einmütigen Zusammenstehen und Zusammenwirken aus der schweren Wirtschaftskrise herausführen werden. Ich bin bereit, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsbeiratsmitglieder persönlich den Vorschlag zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen. Ihren baldigen Vorschlägen für die Zusammenlegung dieses Wirtschaftsbeirats, den ich alsdann zusammenberufen werde, sehe ich entgegen und bin mit freundlichen Grüßen

gez. von Hindenburg.

Der Reichkanzler hat dem Reichspräsidenten mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Hochgeehrter Herr Reichspräsident! Auch nach meiner Überzeugung läßt es die gesamte Wirtschaftslage geboten erscheinen, daß die Reichsregierung nunmehr die großen und entscheidenden Gesamtprobleme des Wirtschaftslebens mit führenden Sachverständigen des wirtschaftlichen Lebens, darunter auch Vertretern der Arbeitnehmer, berät und einer baldigen Lösung zuführt. Darum werde ich, Ihrem heutigen Schreiben entsprechend, mit aller Beschleunigung Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten unterbreiten, mit der Bitte, sie alsbald in den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung berufen zu wollen. Dabei gehe ich auch davon aus, daß der Kreis der Mitglieder des Wirtschaftsbeirats so eng wie möglich gestaltet wird, damit die Verhandlungen ausreichend vertieft und beschleunigt werden können. Vielleicht wird es nützlich sein, für Einzelfragen besonders geeignete Sachverständige zu den Beratungen zuzuziehen.

Mit besonderem Dank begrüße ich Ihre Entscheidung, daß Sie das große Vertrauen, das Ihre Persönlichkeit in allen Schichten des deutschen Volkes genießt, einsehen wollen für eine rasche und ergebnisreiche Durchführung der Beratungen und daß Sie deswegen bereit sind, in ihnen den Vorschlag zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen.

In aufrichtiger Verehrung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident, Ihr in Treue ergebener

gez. Dr. Brüning.

Die Tagesordnung der morgigen Sejm-Sitzung

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 15. Oktober.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sejm-Sitzung steht eine Reihe von Kommissionsberichten und Gesetzen in erster Lesung, die bereits auf der vorigen Tagesordnung standen, aber nicht zur Verhandlung kamen. So wird der Kommissionsbericht über die Entrichtung der Naturalliefer, die Befreiung des Zuderumfuges von der Steuer zugunsten der Arbeitslosen, die Besteuerung von Bier, Wein und Met entgegengenommen werden, ferner ein Kommissionsbericht über die Qualifizierung von Lehrern an Mittelschulen und anderen Schulen und ein Bericht für die Aufnahme einer Telefonanlage usw. Auch eine Reihe von internationalen Abkommen soll referiert werden, darunter ein deutsch-polnisches Abkommen über Erleichterung des Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dritten Staaten im Transit durch Polen, Danzig und Kumpdeutschland sowie über Erleichterungen in der Eisenbahnverbindung zwischen Kumpdeutschland und einem dritten Staate im Transit durch Polen, Danzig und Ostpreußen. Das Abkommen ist zusammen mit dem Schlupprotokoll in Berlin am 21. November 1930 unterzeichnet worden. Es

liegt ferner ein Gesetzesprojekt vor über die Gerichtsstellen in den Appellationsgerichten der Bezirke Posen, Thorn und Kattowitz.

Zu einer größeren Aussprache wird es wahrscheinlich über die Telefonanlage kommen. Bereits in der gestern abgehaltenen Sitzung der Finanzkommission kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über diesen Gesetzentwurf. Finanzminister Boerner verteidigte die Aufnahme der Telefonanlage und glaubte, daß dadurch Vorteile für den inneren Betrieb erzielt werden könnten. Die Opposition hält jedoch die Anleihebedingungen für sehr nachteilig, besonders da mehr als die Hälfte der Anleihe, etwa 300 000 Pfund Sterling, in Waren genommen werden müssen und zwar in Telefonantennensystem, zu einem Preise, wie ihn die großbritannische Post bezahlt. Das Gesetz wurde jedoch in der Kommission in der von der Regierung vorgelegten Fassung angenommen. Selbst ein Abgeordneter des Regierungsbüros hatte den Antrag gestellt, das Gesetz bis zur völligen Klärung aller strittigen Punkte durch die Regierung zurückzustellen. Sein Vorschlag wurde jedoch von seinen eigenen Klubgenossen niedergestimmt und das Projekt angenommen.

Eröffnung im Senat

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 15. Oktober.

Die gestrige Eröffnungssitzung des Senats bewies, daß das Interesse an dieser Parlamentssammlung gering geworden ist. Die Tatsache, daß der Senat lediglich eine Vertretungsstelle für die Pläne der Regierung ist und eine Kritik von diesem Hause in viel geringerem Maße zu erwarten ist als vom Sejm, wirkt sich dahingehend aus, daß man im ganzen Lande der ebenfalls so heftig gewünschten und umkämpften obersten Parlamentssammlung kaum noch Beachtung schenkt. Die Tribünen waren gestern leer und die Beteiligung der Presse an der Eröffnungssitzung war äußerst gering. Während im Sejm noch die Opposition einen verhältnismäßig großen moralischen Einfluß besitzt, ist das im Senat gar nicht der Fall.

Nach der Verlesung des Eröffnungsdekrets durch Senatsmarschall Raczkiwicz wurde als erster Punkt der Tagesordnung der Bau der Eisenbahnlinie Krakau-Miechow referiert und ohne Diskussion angenommen. Der zweite Punkt betraf das Gesetz über die Volkszählung. Bei dieser Gelegenheit fragte der nationaldemokratische Senator Senda die Regierung an, ob es Tatsache sei, daß in Posen bei der Volkszählung zweisprachige Formulare, und zwar in polnischer und in deutscher Sprache, an die deutsche Bevölkerung ausgegeben werden sollen. Senator Senda war der Ansicht, daß ein solches Verfahren der polnischen Behörden durch nichts gerechtfertigt sei, zumal die Deutschen nach 11jähriger Zugehörigkeit zum polnischen Staate bereits ausreichend die polnische Sprache beherrschen müßten. Er erblidte ferner in diesen Vorgängen der polnischen Behörden eine politische Ungeheuerlichkeit, da das deutsche Element durchaus Schwäche und Nachgiebigkeit folgern könnte. Der Leiter des statischen Hauptamtes, Szurmus, antwortete, daß tatsächlich zweisprachige Formulare zur Verteilung kommen sollen, weil das dem Sprachgesetz entspreche. Im übrigen sei das keine Abweichung von der bisherigen Praxis,

denn auch bei der vorigen Volkszählung hätte man zweisprachige Formulare verteilt. Das Gesetz wurde in der dem Sejm vorgelegten von der Regierung ausgearbeiteten Fassung angenommen. Darauf fand das Gesetz über Abschaffung der Bezirksgerichte in Mawa und Biala Podlaska widerspruchsfreie Annahme.

Eine Aussprache entfaltete sich lediglich bei der Behandlung des Gesetzentwurfs über die Abschaffung der Einführungen und Beförderungen von Beamten. Bei dieser Gelegenheit nominierte der Senator Wasziutyński von den Nationaldemokraten gegen die Regierungsvorlage mit dem bereits bekannten Argument, daß das Gesetzesprojekt gegen das Recht verstoße. Auch dieses Gesetz wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit angenommen. Die Sitzung wurde nach etwa einständiger Dauer geschlossen, und die nächste Sitzung für den 22. Oktober 4 Uhr nachm. anberaumt.

Neue Belastungen für die Bevölkerung

Warschau, 15. Oktober. (Eig. Telegr.)

Das Hauptkomitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat bereits eingehende Pläne für die Aktion der Wojewodschaftskomitees ausgearbeitet. U. a. sollen die bisherigen Gebühren für Handels- und Gewerbesteuer um 50 Prozent erhöht werden. Ferner sollen am 15. Dezember und am 15. Februar sog. Arbeitstage eingerichtet werden, an denen jeder seinen Verdienst für die Arbeitslosen abgibt. Es wird ferner eine Besteuerung der Beamtenehälter um 0,5 bis 6 Prozent für den ganzen Winter in Aussicht genommen. Die freien Berufe, wie Ärzte, Dentisten, Rechtsanwälte usw., sollen ebenfalls für den

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steuerlich erfaßt werden. Die Einkommen aus Grundstücken und Hotels sollen mit einer Prozentigen Steuer vom Einkommen belegt werden. Sämtliche Billets für Schaustellungen aller Art werden ebenfalls besteuert. Auch das Kartenspiel wird einer Steuer zugunsten der Arbeitslosen unterliegen, und zwar sollen in solchen Clubs, wo Karten gespielt wird, 10 Prozent des Klubbeitrags entrichtet werden. Von Gas, Elektrizität und Wasser ist eine Sondergebühr in Höhe von 5 Prozent des normalen Satzes vorgezogen. Außerdem sollen von Rechnungen in Gastwirtschaften entsprechende Gebühren in Höhe von etwa 1 Prozent der Rechnungssumme erhoben werden.

Wechsel auf dem Posten des Chefredakteurs der „Gazeta Polska“

Warschau, 15. Oktober. (Eig. Telegr.)

Der ehemalige Finanzminister Matuzewski, der bekanntlich zunächst auf eine amtliche Stellung nicht mehr rechnen kann, übernimmt den Posten des Chefredakteurs der „Gazeta Polska“, des offiziellen Organs der polnischen Regierung. Der bisherige Chefredakteur, Ing. Niedziński, wird die Oberleitung über sämtliche Publikationen der Regierungspartei übernehmen.

Hilfe für die obererschlesische Industrie

Warschau, 14. Oktober. (Eig. Telegr.)

Die Ministerialkommission, die sich aus dem Vizepräsidenten Jastrzebski, dem Departementsdirektor Kozjak und dem Abteilungsleiter Momentowicz zusammensetzt und über die durch den Pfundsturz geschaffene Lage der obererschlesischen Industrie beriet, hat ihre Arbeiten beendet. Die Kommission hat den Bericht einer besonderen Unterkommission zur Kenntnis genommen und wird ihn den maßgebenden Faktoren unterbreiten.

Wie wir aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren, sind bereits in der am vergangenen Freitag abgehaltenen Sitzung des Ministerrates, in der über die Lage des polnischen Kohlen- und Eisenerzexportes gesprochen wurde, weitgehende Entschlüsse gefaßt worden. Die Regierung ist bereit, in eine Lohnherabsetzung in der obererschlesischen Industrie einzuwilligen. Ferner sollen die Eisenbahntarife für Kohle um einen Prozentpunkt herabgesetzt werden, der dem Wertsturz des englischen Pfundes entspricht, also etwa um 20 Prozent, und es soll Arbeitgebern wie Arbeitnehmern die Entrichtung der Soziallasten erlassen werden.

Diese Beschlüsse der Regierung, über deren Durchführung gegenwärtig noch Verhandlungen geführt werden, decken sich vollkommen mit den Forderungen der obererschlesischen Kohlenindustriellen. Es ist anzunehmen, daß die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Kohle besonders auf den skandinavischen Märkten, wo sie durch den englischen Pfundsturz in eine bedrängte Lage geraten ist, durch diese Maßnahmen sehr stark gehoben wird.

Rücktritt Zamoras

Paris, 15. Oktober. (R.) Der spanische Ministerpräsident Zamora ist zurückgetreten. Wie „Sandoz“ aus Madrid berichtet, glauben zahlreiche gut unterrichtete Parlamentarier, daß der Rücktritt Zamoras auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Zamora, als er während der Abwesenheit Verroux das Außenministerium interimistisch führte, gewisse Verpflichtungen gegenüber dem päpstlichen Nuntius eingegangen sei, die nach der Annahme des Artikels 24 der Verfassung über die religiösen Gesellschaften in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr eingehalten werden konnten. Diese Verpflichtungen Zamoras seien vor der Annahme des betreffenden Artikels der Verfassung vom Papst gebilligt worden, der sich mit dem Rücktritt des Kardinals Segura einverstanden erklärt habe.

Finanzminister Prieto erklärte übrigens, daß Ministerpräsident Zamora ein Geheimdokument verfaßt habe, das sich auf die persönlichen Verhandlungen beziehe, die Zamora mit dem spanischen Nuntius geführt habe. Außerdem gab Minister Prieto noch bekannt, daß man zunächst Verroux die Ministerpräsidentenschaft angeboten habe, daß dieser dann aber mit Erfolg den bisherigen Kriegsminister Azana in Vorschlag gebracht habe.

Das neue Kabinett

Paris, 15. Oktober. (R.) Das neue spanische Kabinett ist folgendes: Ministerpräsident und Kriegsminister Azana, Auswärtiges Verroux, Inneres Ruiz de Alarcón, Marine Girault, Finanzen Prieto, Dessenlicher Unterricht Somoza, Dessenliche Arbeiten Albornoz, Arbeit Caballero, Verkehr Barrios, Wirtschaft D'Olivier, Justiz de los Rios.

Kundgebung in Madrid

Paris, 15. Oktober. (R.) Wie aus Madrid berichtet wurde, fanden gestern Abend in den Straßen von Madrid verschiedene Kundgebungen zu Gunsten der Ergreifung von noch härteren Maßnahmen gegen die religiösen Ordensgesellschaften statt, wobei die Polizei mehrmals zur Waffenerhebung der Ordnung einwirken mußte.

Unruhe in Granada

Madrid, 15. Oktober. (R.) In Granada ist es gestern wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen, die von der Schutzmasse Gebrauch machten. 4 Personen wurden verletzt.

Die französische Wirtschaftskommission

Paris, 15. Oktober. (R.) Die französische Kommission der deutsch-französischen Wirtschaftskommission ist nunmehr endgültig gebildet worden.

auf und erklärt, daß auch die Deutschnationalen eine Verständigung mit Frankreich wollen, allerdings auf dem Boden völliger Gleichberechtigung. Er schließt mit einer Polemik gegen die „Halbtinks-halbrechts-Parteien“ und mit der Feststellung, daß nur die nationale Opposition ein Recht habe, sich auf die Heroen der deutschen Geschichte zu berufen. (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen.)

Nationalsozialisten und Deutschnationale verlassen den Saal. Das Wort erhält der Zentrumsabgeordnete

Joost

Er bezweifelt, ob tatsächlich Millionen deutscher Jugend Gut und Blut hingeben würden für manche der Führer, die sich in den letzten Tagen in Harzburg herausgestellt hätten. Er weist den Versuch Dr. Oberlohrens zurück, die Schuld an der Zuspitzung der Wirtschaftskrise auf Dr. Brüning zuwälzen. Wenn man von einem Rausch der kurzfristigen Kredite gesprochen habe, so richte sich dieser Vorwurf nicht gegen die Regierung Brüning, sondern gegen große Teile der Privatwirtschaft. Die Regierung Brüning habe weiter gesehen als andere Regierungen. Sie habe auch in der Außenpolitik entscheidende Wandlungen eingeleitet. Die Gleichberechtigung der Völker werde von allen Parteien, auch von der Linken, verlangt. Joost erklärt:

Der gedämpfte Trommelschlag zur Verständigungspolitik in Harzburg beweist, daß die Rechte sich auf einem neuen Weg befindet. Welchen Punkt sie erreicht hat, den des Nachdenkens, den der Nachahmung oder den der vollen Erfahrung. (Heiterkeit.) Heute werfen sie leider mit der einen Hand noch immer wieder um, was sie mit der anderen aufreichten.

Zur Wirtschaftspolitik erklärt der Zentrumsredner u. a. folgendes: Was an dem heutigen Wirtschaftssystem fehlt und was wir beklagen, die großen Auswüchse, sagen mir nur, daß das System gar nicht mehr folgerichtig angewandt wird, sondern daß man die Chancen des Wirtschaftslebens privatisierte, um leider das Risiko gleichzeitig zu kollektivieren. Diese beiden Dinge müssen wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Der überwiegende Teil des selbständigen Unternehmertums ist auf allen Gebieten noch gesund und in der Praxis auch anständig. Dieser Teil des Unternehmertums muß einen schweren Kampf um seine Selbstbehauptung ausfechten. Wenn wir ihn unterstützen, unterstützen wir auch die deutsche Wirtschaft und die deutschen Arbeiter.

Nachdem Joost seine Rede beendet und der Volksnationale Balthus gesprochen hat, nimmt

Reichsfinanzminister Dietrich

kurz vor 5 Uhr das Wort zur Erwiderung auf die Angriffe Dr. Oberlohrens.

Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten erscheinen diesmal in größeren Gruppen im Saale. Infolge der zahlreichen Zurufe bleiben die Ausführungen des Finanzministers zeitweise auf den Tribünen unverständlich.

Hindenburg lehnt ab

Berlin, 15. Oktober. (R.) Wie der „Vorwärts“ berichtet, soll der Führer der Volkspartei Dingen bei dem Reichspräsidenten um eine Unterredung nachgesucht haben. Der Reichspräsident hat Dingen mitteilen lassen, daß er in der augenblicklichen Situation keine Parteiführer empfangen könne.

Konferenzen mit Caval

Vor der Amerikasahrt

Paris, 15. Oktober. Der französische Ministerpräsident Caval hatte gestern mit mehreren französischen Parlamentariern Besprechungen, welche der Vorbereitung der Amerikareise des französischen Ministerpräsidenten dienen. Caval empfing u. a. die früheren Ministerpräsidenten Herriot und Caillaux, den früheren Minister Doumergue und den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des französischen Abgeordnetenhauses, Paul-Boncour. Außerdem hatte der Finanzminister Flandin eine Konferenz mit dem Leiter und mehreren Beamten der französischen Notenbank. Bei dieser Konferenz wurden die finanzpolitischen und währungsstechnischen Fragen behandelt, die voraussichtlich bei dem Besuch Cavals in Washington erörtert werden. Für heute hat Caval das Kabinett noch einmal zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammenberufen. Dabei wird in erster Linie der französische Staatshaushalt für 1932 besprochen werden. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Fehlbetrag im Staatshaushalt restlos zu beseitigen. Wie ein französisches linksbürgerliches Blatt berichtet, haben sich vor allem der französische Kriegsminister, der Marineminister und der Luftfahrtminister mit Erfolg gegen allzu große Abstriche an ihren Rüstungskrediten zur Wehr gesetzt. Der neue französische Staatshaushalt bringt daher nach der Angabe des Blattes eine Erhöhung der französischen Rüstungsausgaben um rund 165 Millionen Mark. Das Blatt will wissen, daß bereits die Mehrheit des französischen Kabinetts diesen Ausgaben zugestimmt habe.

Für den deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss sind jetzt sämtliche französischen Mitglieder ernannt worden. Sie werden heute nachmittag zu einer ersten Sitzung im französischen Innenministerium zusammentreten.

Der Goldverlust der Vereinigten Staaten von Amerika

London, 15. Oktober. (R.) „Renter“ meldet aus New York: Der Goldverlust der Vereinigten Staaten beträgt jetzt annähernd 567 Millionen Dollar, wovon der größte Teil während der letzten vier Wochen abgezogen worden ist. Damit haben die Vereinigten Staaten 80 Prozent des Goldes eingebüßt, das sie in den letzten zwei Jahren empfangen hatten. Zu Gerüchten, daß in Europa die Sicherheit des Dollars angezweifelt wird, wird bemerkt, daß der amerikanische Goldvorrat noch immer 4 1/2 Milliarden Dollar übersteige, was eine außerordentliche Bedingung des Notenums aufzubeugt.

Fallende Blätter

Kaum hörbar fallen die Blätter von den Bäumen. Ein kurzes Sinken, ein leiser Aufschlag, wenn ein Blatt von einem der unteren Äste auf die Erde kommt, ein Wirbeln wie ein Spiel, oft noch ein mehrmaliges Abprallen auf Ästen und Zweigen, wenn das Blatt aus höheren Regionen kommt. Jetzt dauert es manchmal noch eine ganze Zeit, ehe man ein vergilbtes und verdorrtes Blatt fallen sieht, denn noch immer hängen viele Blätter an den Bäumen, die grün aussehen und noch nicht ganz loslos sind; doch bald wird man das Fallen öfter sehen können, und dann kommen Tage, an denen das Blattwerk wie ein richtiger Blätterregen fällt. Dann kann niemand mehr die einzelnen Blätter zählen, die zu gleicher Zeit auf den Boden fallen. An schönen, windstillen Tagen ist der Laubabfall anders als an regnerischen und stürmischen Tagen. Bei ruhigem Wetter fallen die Blätter ab, als ob sie vor dem Alter schwäche abgestorben wären, bei stürmischem Wetter erscheinen sie wie gewaltig abgerissen zu sein, und viele der Blätter wären auch noch einige Zeit hängengeblieben, wenn sie der Sturm nicht gewaltig losgelöst hätte. Bei Windstille fallen fast alle beinahe senkrecht ab und legen sich still auf den Boden, als gälte es, sich ein Begräbnis zu bereiten; bei stürmischem Wetter werden die vergilbten Blätter noch durch die Luft gewirbelt, sie werden in die Höhe getrieben, wollen im Gleitflug niedergehen, werden von neuem erfasst, gegen Äste und Stämme geworfen, und so dauert es oft eine ganze Weile, ehe sie auf dem Boden eine Ruhestätte gefunden haben. Doch auch diese Ruhe ist nicht von langer Dauer. Der Sturm bläst auch unten, wirbelt die Blätter empor und läßt sie auf und über dem Boden tänzeln aufsteigen. Nur wenn ein schwerer Regen kommt, haben die Blätter unten Ruhe. Dann liegen sie schwer auf der Erde, der Sturm kann ihnen nichts mehr anhaben. Doch Regen bringt auch ein Verschlingen der Blätter, ein Durch- und Aufeinander, daß ein einzelnes Blatt nun nicht mehr erkannt werden kann: den Beginn der Fäulnis und der Umwandlung.

Amtlicher Preisabbau?

Erhöhung des Posttarifs

Der „Dziennik Ustaw“ vom 14. d. Mts. veröffentlicht eine Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums, durch die mit Gültigkeit vom 15. d. Mts. ein neuer Post-, Telegraphen- und Telephon-Tarif eingeführt wird. Durch den neuen Tarif wird der Beförderungspreis für einen auswärtigen Brief von 25 auf 30 Groschen erhöht, ein Auslandsbrief auf 60 Gr., eine Postkarte im Inlandsverkehr auf 20 Gr., im Auslandsverkehr auf 35 Gr. und die Auftragsgebühr bis zu 60 Gr. festgelegt. Zugleich werden besondere Zuschlaggebühren für die Zeit vom 15. Oktober 1931 bis zum 14. April 1932 zugunsten der Arbeitslosen eingeführt. Die Zuschlaggebühren für Druckachen, Briefe und Postkarten im auswärtigen Verkehr betragen 5 Groschen, für Pakete bis zu 5 Kilogramm 5 Groschen, bis zu 10 Kilogramm 10 Gr. usw. Zur Auftragsgebühr von Ortsendungen 5 Gr., für die Zustellung von Postanweisungen, telegraphischen und Ueberweisungen der P. A. D. bis zu 100 Zloty 5 Gr. bis zu 500 Zloty 10 Gr., bis zu 1000 Zloty 25 Gr., für Pakete ohne Rückhalt auf das Gewicht 5 Gr. Die Zuschläge zum Telephonabonnement betragen für jeden Hauptanschlusch in der ersten Gruppe 50 Gr. monatlich, in der zweiten und dritten Gruppe 1 Zloty, in der vierten und fünften Gruppe 1,50 Zloty; für jeden Zuschlusch monatlich in der Gruppe 1 und 2 50 Groschen, in den Gruppen 3, 4 und 5 1 Zloty. Die Zuschläge für die Arbeitslosen betreffen nicht den Auslandsverkehr und den Verkehr mit Danzig. So wird vom heutigen Tage an für die Dauer von 6 Monaten die Gebühr für eine gewöhnliche Postkarte im auswärtigen Verkehr 25 Gr., für einen gewöhnlichen Brief 35 Gr. und für einen eingeschriebenen Brief 1 Zloty betragen.

Kleine Posener Chronik

× Auf Einladung der Pariser Stadtbehörden haben sich der Stadtpräsident Katarzski, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Ing. Witold Sediger, und der Messiedirektor Baron Ropp nach Paris begeben. Es handelt sich hier um die Erwidrerung des Besuchs von Vertretern der Pariser Stadtbehörden während der Landesausstellung in Polen. Bei diesem Gegenbesuch soll eine von Prof. Wójcicki in Bronze ausgeführte Platte, die auf der einen Seite das Posener Rathaus darstellt, überreicht werden. Nach Paris sind auch Vertreter von Warschau und Krakau abgereist.

× Zu dem Gasthof-Wettbewerb, der sich eines großen Interesses erfreute, meldeten sich 24 Damen, die an speziell aufmontierten Gastküchen in Wettbewerb miteinander traten. Gestern Abend wurde das Ergebnis des Wettbewerbs bekanntgegeben. Preise erhielten die Damen Blotny, Domanińska, Krystia, Czernowska, Jakubiak, Ciwicka und Kowalska.

cm. Verkehrsunfall. In der Bitterstraße stieß das Auto B. 3. 48 615 mit dem Straßenbahnwagen der Linie 7 zusammen. Das Auto wurde an die Seite geschleudert, wobei der vorbeifahrende Fleischwagen des Johann Krupa, ulica Sew. Mielzyskiego 1 (Witrowiastraße), beschädigt wurde. Das Auto wurde vollständig zertrümmert, wogegen der Straßenbahnwagen nur leicht beschädigt wurde. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

cm. Diebstähle. Aus der verschlossenen Autogarage des Wincent Winko, ul. Przemysłowa 40 (Margaretenstraße), wurden verschiedene Autoteile im Gesamtwerte von 1456,50 Zloty gestohlen. — Dem Michael Schorek, ul. Główna Nr. 32, wurde in der Synagogenstraße ein auf

der Straße stehender Wagen mit Fleischwaren nebst Pferd im Gesamtwerte von 500 Zloty gestohlen. — Der Ballett-Tänzerin Marie Marta, ul. Szamarskiego 19, wurde in Wleschen aus ihrem Hotelzimmer eine Handtasche mit Reisepaß,

drei Pfandscheinen, einer goldenen Uhr und 80 Zloty Bargeld gestohlen. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt 1730 Zloty. Ermittlungen wurden eingeleitet. — Außerdem wurden 8 kleinere Diebstähle gemeldet.

Winternot und Frauenhilfe

Unter dieser Losung stand der gestrige Abend im Evangelischen Vereinshaus, zu dem der Stadtverband der evangelischen Frauenhilfen nicht nur seine Mitglieder, sondern auch alle die eingeladen hatte, denen die Notwendigkeit der Winterhilfe am Herzen liegt. Daraus, daß diesem Ruf nicht allzu viele aus den Kreisen, die man gern dazugehabt hätte, gefolgt waren, darf man offensichtlich nicht schließen, daß das Interesse für die Winterhilfe in unseren deutschen Kreisen nicht lebendig ist. Bedauerlich war ihr Fehlen aber doch, denn sie hätten sich das Herz warm machen lassen können für die große Not und eine Fülle von Anregungen empfangen.

Zunächst schilderte der Gast, Lic. Werdermann die schwierige Lage in Deutschland, das den Winter nur mit Aufbietung aller Kräfte überstehen kann. Die Winterhilfe ist hauptsächlich in die Hände der Liga der freien Wohlfahrtsverbände gelegt und auf der Losung „von Mensch zu Mensch“ aufgebaut, da die öffentliche Wohlfahrtspflege nicht mehr leisten kann, was sie leisten müßte. Auch wenn vieles in Deutschland ganz anders liegt als bei uns, so konnte doch manches aus den Ausführungen uns Rat und Hilfe für unsere Aufgabe geben. Die evangelische Frauenhilfe in Deutschland nimmt sich hauptsächlich der Mütter an, die heute ganz besonders die Schwere der Zeit merken und vergrämt und verarbeitet sind. Müttererziehung und Mütterfürsorge werden ergänzt durch eine großzügige Müttererholungsfürsorge, für die 28 Heime der evangelischen Frauenhilfe offen stehen. Im Jahre 1930 fanden in diesen Heimen 13 000 kinderreiche Mütter Ruhe und Erholung. Das Leben in diesen Mütterheimen veranschaulichte eine Reihe von Lichtbildern, deren Wiedergabe aus technischen Gründen leider nicht ganz gelang.

Der zweite Teil des Abends galt der Bepflegung der Sonderaufgaben in der Stadt Posen. Leider war Frau Superintendentin Hilde erkrankt, so daß Lic. Dr. Kammel ihre sehr warmherzigen und persönlich anfassenden Anregungen vorlesen mußte. Der Vortrag wies besonders auf die Möglichkeiten der persönlichen Hilfe (Mittags-, Kleider-, Brotspende, Verschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Kinderhilfe und anderes mehr) hin, so daß wirklich niemand zu sagen braucht: Ich weiß nicht, wie ich helfen soll, ich kann nicht helfen. Frauenhilfe, Pfarrämter, Gemeindefürsorge vermitteln jederzeit gern auch die gewinnlichsten persönlichen Beziehungen zu einer Familie, einem Kind, einem Alten, dem geholfen werden soll. Den hilfsbereiten Angeboten, die unmittelbar nach dem Vortrag von den Anwesenden gemacht wurden, merkte man an, daß die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen

waren. Werden sie ebenso warmherzig weitergegeben, so werden wir es hoffentlich erleben, daß die Hilfe in der Winternot nicht versagt.

Jahrestagung des Landesverbandes der evang. Frauenhilfen in Thorn

Daß Thorn trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse seine Tore für die Jahrestagung geöffnet hatte und daß die Kirchengemeinde ebenso wie die Frauenhilfe sich zur gastlichen Aufnahme bereit erklärt hatte, war ganz besonders dankenswert. Der Verlauf der Tagung zeigte, daß der Entschluß, die Tagung abzuhalten, richtig gewesen ist. Wir haben innerer Sammlung und Stärkung erlebt. Am Sonntag, dem 11. Oktober, vormittags sprach Generalsuperintendent D. Blau im Festgottesdienst von dem neuen Grund, Inhalt und Umfang der christlichen Liebe. Die Arbeitsverhandlungen sollten für die Frauenhilfsarbeit Wege weisen und den Vereinen zeigen, wie sie in dem Geistessturm der Gegenwart ihre Aufgabe als evangelische Gemeindeglieder erfüllen können. Von der stark durch unsere Zeit gehenden Bewegung des aus dem Freidenkertum hervorgegangenen Bolschewismus und dem durch ihn hervorgerufenen Kampf gegen allen Glauben und alle Religion hörten wir in Vorträgen von Pfarrer Lic. Werdermann, dem Geschäftsführer des Landesverbandes der Frauenhilfen, und Pfarrer Schwerdtfeger. Frau Superintendentin Rhode, die Vorsitzende des Landesverbandes, zeigte in einem Vortrag über eine Welt der Liebe die Ueberwindung des Hasses durch die im Glauben tätige Liebe.

Zwei Gemeindeglieder versammelten am Sonntag und Montag eine zahlreiche und aufmerksame laufende Zuhörerschaft. Im Rahmen des Gesamtplanes wurde das eine Mal über „Mutternot und Mütterhilfe“ und das andere Mal vom „Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi“ gesprochen. An beiden Abenden förderten anschauliche Lichtbilder das Verständnis und verstärkten bei den Anwesenden den Eindruck des Gehörten.

Arbeitsstagung am Montag vormittag und Lehrgang der Frauenhilfe am Montag nachmittag und Dienstag boten Gelegenheit die Frauenhilfsarbeit näher kennenzulernen und haben ihr hoffentlich neue Freunde gewonnen und die alten zu treuer und zielbewußter Arbeit angeregt. Die Frauenhilfe vertritt mit ihren 120 Vereinen und etwa 6000 Mitgliedern in unserem Lande einen großen Teil der evang. Frauenwelt und ruft sie auch jetzt wieder zu neuer Arbeit am Aufbau und Ausbau des Gemeindelebens auf.

Todesstrafe für Brandstiftung

Seit einer Reihe von Monaten sind die Spalten der Zeitungen angefüllt mit Berichten über Brände, welche unwiederbringlich die Habe des Menschen, die dieser mit einem großen Zeit- und Arbeitsaufwand geschaffen hat, vernichten. Die Brandschäden in der Wojewodschaft Posien betragen im ersten Halbjahr 1931 ungefähr 7 Millionen Zloty.

Der Ausfall dieser Summe ist bei dem gegenwärtigen Kapitalmangel ganz besonders bedauerlich und fühlbar. Nur allzu oft ist leider fresselartige Brandstiftung die Ursache von Bränden, wie die Statistiken der Versicherungsanstalten und die Polizeiberichte nachweisen. In der Regel bilden Habgier, Rachsucht usw. den Grund für derartige Untaten.

Mit diesen Verbrechen muß ausgeräumt werden. Die Verordnung über die Einführung von Standgerichten, welche mit dem 10. September in Kraft getreten ist, ist ebenfalls gegen die Brandstiftung gerichtet.

Gemäß Punkt 9 der Verordnung wird die absichtliche Brandstiftung mit dem Tode bestraft.

ganz so wie zur Zeit des Weltkrieges, wo für Brandstiftung ebenfalls die Todesstrafe angedroht war, und wo infolgedessen die Zahl der Brände eine recht bedeutende Verminderung erfuhr! Auch jetzt dürfen wir die Hoffnung hegen, daß die Brandsfälle erheblich abnehmen werden. Zweifellos wird die Verschärfung der gesetzlichen Strafen die ruhlosen Instinkte der Brandstifter lähmen und wird sie zwingen, sich den Normen der sozialen Disziplin unterzuordnen, welche für die Erhaltung jeder menschlichen Gesellschaft nicht zu entbehren sind. Bisher hatte der Brandstifter schlimmstenfalls langdauernde Zuchthausstrafen zu befürchten. Nunmehr aber droht ihm nicht nur der Verlust des guten Rufes! Jetzt geht es ihm ans Leben! Seine Angehörigen aber wird er in Not und Schande stürzen. Unzweifelhaft wird die Verordnung vom 2. September kräftig zum Ausmerzen des sozialen Übels „Brandstiftung“ beitragen.

Großer Mühlenbrand bei Gnesen

ri. Schwarzenau, 13. Oktober. In der letzten Nacht gegen 1 Uhr entstand in der großen Dampfmühle des Besitzers Franciszek Kostal in Schwarzenau (Czerniejewo) plötzlich Feuer, das in kurzer Zeit die Mühle in hellen Flammen auflodern ließ. Das Wasser mußte zum größten Teil später mit Wasserkrufen herangefahren werden. Die erschienenen Feuersprizen vermochten aber dem Feuer keinen Einhalt zu gebieten. Erst die

Gnesener Motorspritze konnte durch ihre kraftvolle Wirkung die in der Nähe liegenden landwirtschaftlichen Gebäude retten. Zum Unglück war gerade tags vorher der Mühlenbesitzer mit seiner Frau zur Erholung abgereist. Der Schaden konnte daher in seiner Größe noch nicht festgestellt werden. Auch muß die Ursache durch Untersuchung erst festgestellt werden.

× Posen, 15. Oktober. Wir erfahren noch folgende Einzelheiten:

Das Feuer brach in den unteren Räumen aus, griff aber mit unheimlicher Geschwindigkeit auf das obere Stockwerk über, so daß von einer Rettungssaktion keine Rede sein konnte. Die Feuerwehr vermochte nur mit Mühe die Nachbargebäude zu schützen. Der Schaden konnte bisher nicht festgestellt werden, da der Besitzer, wie gesagt, verreist ist. Er wird schätzungsweise auf 100 000 zł veranschlagt. Die Dampfmühle ist bei der Landes-Feuerlosgesellschaft versichert.

Wegen Einbruchdiebstahls zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt

em. Posen, 15. Oktober. In der Nacht zum 31. Oktober v. Js. wurde in das Geschäft von Johann Litwin in Neutomischel eingebrochen und verschiedene elektrotechnische Artikel, Browning, Jagdgewehre und Fahrradzubehörtel im Gesamtwerte von 700 Zloty gestohlen. Als Täter wurde der vielfach vorbestrafte Franz Jaltin aus Posen ermittelt. Bei seiner Festnahme gab er an, in Gesellschaft des Stanislaw Szalata den Diebstahl ausgeführt zu haben. Auf Grund dieser Angaben wurde auch Szalata festgenommen. Die gestohlenen Sachen wurden in der Wohnung der Eheleute Stanislaw und Katarzyna Ryga, wo der Jaltin wohnte, vorgefunden. Sämtliche genannten Personen wurden unter Anklage gestellt. Der Angeklagte Jaltin gibt die Tat zu, wogegen der Angeklagte Szalata nichts mit der Tat gemeinsam haben will. Die übrigen Angeklagten bestreiten, gestohlene Sachen von dem Angeklagten Jaltin erhalten zu haben. Tatsächlich wurde bewiesen, daß Jaltin den Szalata aus Rache falsch beschuldigt hat. Der Angeklagte Jaltin wurde zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und Stefan Luczal wegen Hehlerei zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Internationales Ringkampfturnier

Am Mittwoch legte Martynoff den Franzfurter Booshoff nach 18 Minuten durch Kopfschlag. Der gewandte Rogath erledigte seinen

Gegner Debie schon nach 2 Minuten durch Untergriff. Einen 70 Minuten langen, technisch sehr schönen Kampf lieferten sich Sudakoff und Sajorski. Nachdem die letzten 10 Minuten nach Punkten gerungen wurde, gewann schließlich der härtere Sudakoff mit 3 zu 2 Punkten gegen den gewandteren Sajorski. Stelker brachte St. Mars im amerikanischen Ringkampf nach 27 Minuten auf beide Schultern, nachdem er ihn durch verschiedene Jangens mürbe gemacht hatte. Jaago besiegte Waluzewski nach 5 Minuten in roher Manier durch Ausheber. — Heute findet der Entscheidungskampf Stelker gegen Jaago statt, auf dessen Resultat man gespannt sein darf.

Nur ein wenig mehr . . .

Berachtet mir das Kleine nicht.

Es ist nicht schwer, den Blick auf das zu richten, was allen offenkundig ist und das zu erkennen, einem Kinde leicht fällt. Aber es sind nicht immer diese großen Dinge, die eine Welt umgestalten. „Gedanken, die auf Taubenfüßen kommen, bewegen die Welt.“

Diese Welt ist mangelhaft. Wir wollen sie ändern! Wir wollen sie besser und schöner machen!

Also müssen wir Sturm laufen gegen sie?

Ach nein. Nur ein wenig brauchte die Welt anders zu sein, und sie könnte uns vieles schöner und besser sein.

Nur ein wenig mehr gegenseitiges Verstehen, und aus unserm Lebenswege wären viele Steine entfernt, an denen sich so manche blutig stoßen.

Nur ein wenig mehr guten Willens zu diesem gegenseitigen Verstehen, und manches wäre vermieden, das unsere Tage rauh macht.

Nur ein wenig mehr Hilfsbereitschaft, und so mancher, der mit bitterer Not kämpft, fände sein Los erleichtert.

Nur ein wenig mehr Vertrauen zu dem Guten im Menschen, und manches Böse wagte es nicht, das Haupt zu erheben.

Nur ein wenig mehr Nachsicht, und es würde viel weniger Nachsicht nötig sein.

Nur ein wenig mehr Bereitschaft, Freude zu geben, und aus kleinen Dingen erwachsen uns beschwingte Stunden.

Nur ein wenig mehr Selbstlosigkeit, und manche wichtige Tat wäre getan, vor der Selbstsucht zurückschreckt.

Nur ein wenig mehr Liebe in uns, und unser Leben würde nicht so von dem Haß beschattet.

Nur ein wenig mehr Brüderlichkeit, und die Not ließe sich leichter tragen.

Nur ein wenig mehr Wahrheit, und die Lüge, die unser Dasein vergiftet, ginge uns aus dem Wege.

Von all dem brauchte es nicht viel. Wirklich nur ein wenig mehr, denn dieses Wenige würde Wurzeln fassen und ans Licht drängen, lebensfrisches Grün ansetzen und Blüten und Früchte tragen.

Nur ein wenig anders brauchte alles zu sein. Warum aber trennt uns anscheinend so ein großer Schritt von dem allen? Und warum finden sich so wenige, die Brüden bauen? Nur ein paar Steine brauchte jeder dazu herbeizutragen. Sie liegen am Wege und warten darauf, daß man sie ergreift.

Und so wenige Hände rühren sich.

Aber so viele mühen sich vergeblich um ein Werk, dessen Vollendung sie nie sehen werden, weil die Kräfte viel zu klein sind, um so Großes mit einem Male vollbringen zu können.

Schmiegel

k. Aufsehenerregende Verhaftung. Dieser Tage wurde der ehemalige Berichterstatter des „Lissaer Tageblatts“ und „Glos Lejczowski“ J. Lubiczak verhaftet und ins hiesige Gefängnis eingeliefert. Er wurde seinerzeit für den Artikel „Kleinbahnaffäre in Schmiegel“, welcher im „Lissaer Tgbl.“ erschien und worin das Gericht eine Beleidigung des hiesigen Landrats Cierniewski erkannte, zu einer Strafe von 150 zł oder im Nichtauftrittsfalle zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, welche er jetzt abfühen muß.

Kalender 1932 soeben erschienen!

Kosmos-Terminkalender

3. Jahrgang. Preis 5.— zł.
Steuer- und Sozialgesetz, Versicherungstarife, Posttarif für alle Sendungen im In- und Ausland (einschl. Flugpost).

Der einzige deutsche Terminkalender in Polen.

Deutscher Heimatbote

11. Jahrgang. Preis 2.10 zł.
Das Jahrbuch der deutschen Familie in Polen. Reich bebildert. Beiträge unserer Heimatdichter: Busse-Palma, Roguetto, Domanski, Just, Will.

Vollständiges Jahrmärkte-Verzeichnis.

Landw. Taschenkalender

3. Jahrgang. 362 Seiten. Preis 5.— zł.
Herausgegeben unter Mitwirkung landw. Berufsverbände. Zahlreiche Formulare und Tabellen. Biegsamer Leinen-Einband.

Der Kalender des deutschen Landwirts in Polen.

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Kosmos-Verlag Sp. z o. o.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Weltpolitische Beobachter

Indische Tragödie — Mandchureikonflikt — Wahlvorbereitungen in Südlawien

E. Jh. Englands große Wirtschaftstragödie hat den Blick der Welt ein wenig abgelenkt von den Ereignissen auf der Indien-Konferenz in London. Englands große Aktiva in der augenblicklichen Situation in Indien sind immer noch die politische Urteilsunfähigkeit der großen Masse der indischen Bevölkerung und der große Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern, der, so argumentiert England, die Anwesenheit der englischen Bataillone und Beamten direkt zu einem Gebot der Menschenfreundlichkeit macht. Denn Englands Entfernung aus Indien würde das große Land in einen Heckenkessel innerer Wirren und Kämpfe verwandeln.

Gandhi kam mit bestimmten Aufträgen nach England. Er wußte, daß er von den Grundzügen des Nationalkongresses in Karachi nicht lassen dürfe, will er nicht auf seine Rolle als Führer der indischen Nationalitätenbewegung verzichten. Englands Diplomaten haben damit, daß sie die Ausgleichung des Gegensatzes zwischen Hindus und Mohammedanern Gandhi überließen, bewiesen, daß sie immer noch unübertreffbare Meister der Taktik sind. Die Verantwortung für den Ausgang der Konferenz legten sie auf die Schultern derer, die als gefährliche Förderer nach England gekommen sind. Gandhi mußte gestehen, daß es ihm in seinen Verhandlungen nicht gelungen ist, ein Verhältnis zu den Mohammedanern zu finden, das eine gemeinsame Arbeit unter Ausschluß von England möglich macht. Weiter mußte er bekennen, daß hinter ihm gar nicht die großen Massen Indiens stehen, daß er also, wie wir schon oft zum Ausdruck brachten, gar nicht der unbetrittene Mittelpunkt der indischen Nation ist, wie man in Europa so oft glaubt. Mit scharfer Ironie gegen Gandhi hat denn auch Macdonald festgestellt können, daß sich die großen Gegensätze in Indien nicht haben aus der Welt schaffen lassen. England werde schärfer zusehen müssen, wenn die beiden Parteien auch weiterhin zu keiner Einigung gelangen könnten.

England wird den Mohammedanern noch manches betörende Wort sagen und noch manches gute Goldstück zuschieben, um sich unter den Mohammedanern Freunde zu erwerben, die jederzeit bereit sind, zu bezeugen, daß ihnen die Freundschaft mit England lieber ist als die mit den Hindus, daß sie lieber die goldene Unfreiheit unter England genießen als sich für die Freiheit Indiens einzusetzen, die sie — die Mohammedaner — ohne Zweifel zu einer unterdrückten Minderheit machen würde.

Der Mandchureikonflikt hat den Bälterbund nun doch auf die Beine gebracht. Am Dienstag vormittag ist der Fünferausschuß des Bälterbundes zu einer Geheim Sitzung zusammengetreten. In der öffentlichen Sitzung, die sich angeschlossen, wies Briand auf die augenblickliche Situation in dem Konflikt zwischen Japan und China hin.

In der letzten Woche hat sich der Kampf um die Mandchurei ja so weit zuspitzt, daß japanische Bombenflüge Kantschau und neuerdings chinesische Militärtransporte belegten. Auch das Hauptquartier der Provinzialregierung in Tschangtschun wurde mit einem japanischen Flugzeugangriff bedacht. Ohne Frage hat sich der Konflikt weiterhin verschärft. Die Sitzung des japanischen Kabinetts in Tokio deutet darauf hin, daß die japanische Regierung nach wie vor daran festhält, sich gegen jede Einmischung Dritter energisch zu verwehren. Andererseits aber scheint es notfalls entschlossen zu sein, sich nicht mit dem japanischen Hauptquartier zu identifizieren, also wenn es sein muß, die japanischen Generale in der Mandchurei und ihre Operationen nicht zu decken. Auch Tschangtschun, der Präsident der chinesischen Republik, scheint nicht geneigt zu sein, sich alles, sei es von Seiten Japans, sei es von Seiten des Bälterbundes gefallen zu lassen. Seine kürzliche Rede in Nanking zeigt, daß er gegebenenfalls entschlossen ist, „ohne sich zu bestimmen, die höchsten Opfer zu bringen“. China wird selbst davor nicht zurückschrecken, das Land für ein halbes Jahrhundert dem Banterott zu überantworten und zum Kriege zu schreiten, um die Würde der internationalen Abmachungen aufrechtzuerhalten und den Weltfrieden zu sichern. Vielleicht ist diese Rede für das Ausland bestimmend. Vielleicht soll sie die Männer in Europa, die sich für den Weltfrieden verantwortlich dünken, davon überzeugen, daß China nicht mehr der schwache Mann im Osten ist, den man nach Belieben behandeln und zum Prügelknaben machen kann. Sicher wird China den japanischen Truppen auf die Dauer nicht gewachsen sein. Gewiß wird aber das kriegsgewohnte Volk der Chinesen, das seine Truppen in Massentransporten nach dem Süden wirft, wenn es sein muß, länger Widerstand leisten und kämpfen können, als es Japan, dem Bälterbund und aller Welt lieb sein könnte. Der Sälauke bei dem ganzen China-Japan-Konflikt ist ohne Frage Amerika, weil es als Nichtmitglied des Bälterbundes diesen in aller Anschuld an seine Pflicht gemahnen kann, ohne sich selbst binden zu müssen.

In Europa haben wir in den letzten Jahren gewiß schon manches erlebt über die Art, wie Regierungsparteien die Stimmen und den Einfluß der Opposition ausschalten und unschuldig machen. Was aber jetzt in Südlawien vor sich geht, scheint doch so etwas wie eine Neuierung auf dem Gebiete innenpolitischer Auseinandersetzungen zu sein. Am 8. November werden in Südlawien Wahlen zum Parlament stattfinden. Wir betonten schon einmal, daß es jeder anderen Partei als der Regierungspartei verboten ist, für ihr Programm Propaganda zu machen. Ein neues Gesetz über Vereine, Versammlungen und Beratungen bindet auch die Gründung politischer Parteien an die ausdrückliche Genehmigung der Regierung. Die Genehmigung kann

aber nach dem Gesetz nur dann erteilt werden, wenn die zu gründende Partei in jedem Verwaltungsbezirk des gesamten Staatsgebietes wenigstens 100 Anhänger nachzuweisen vermag. Damit wird es nach dem 8. November in ganz Südlawien wohl nur noch die Staatspartei geben, da jetzt ja weder die kroatische Minderheit, noch die Deutschen, noch die Partei der südlawischen Mohammedaner eine Partei zustande bringen kann. Alle Parteien, die auf diese Weise gewaltsam aus dem Wahlkampf ausgeschlossen wurden, haben sich zu einem oppositionellen Block zusammengeschlossen, der die unbedingte Enthaltung bei der Wahl empfiehlt. Man darf gespannt sein, ob die Regierung für ihre Staatspartei, die sich immer noch nicht konstituiert hat, eine ansehnliche Zahl von Stimmen erhalten wird.

China und Japan

Der Grundzug Chinas ist „Konolidierung“ und das Wahrzeichen dafür die große Mauer. „Mit dem Pfluge erwerbend und mit dem Schwerte sichernd“ entstand das Reich. China kennt nur eine natürliche Grenze: Gebirge und Wüsten als Grenzen des Wachstums. Wo der Bauer noch einen Halm ziehen kann, erweitert sich China, wie der Wassertropfen auf Löschpapier.

So entstand das Reich und so nimmt es unbemerkt in der Gegenwart zu. Die seit Jahren in den „Times“ auftauchenden Aufsätze über die rasche Verschiebung der Rassen in den Straits Settlements zu Gunsten der Chinesen werden wenig beachtet, solange die englische Politik die Tatsache nicht ausnützen kann, und ebenso bleibt es eine innere Angelegenheit der englischen Kaufmannschaft, daß Jahr um Jahr die schönsten Wälder Singapores an Chinesen abgetreten werden, und Zinn und Gummi Domäne des chinesischen Kaufmanns geworden sind.

Bangkoks Bevölkerung ist über 60 Prozent chinesisch geworden, und Reisindustrie und Ausfuhrhandel sind zu 70 Prozent in Händen der chinesischen Kaufleute.

Laotlos begann nach dem russisch-japanischen Kriege 1905 die „Konolidierung“ der Mittgürt der letzten Dynastie, der Mandchurei, und heute ist die Bevölkerung durch chinesische Einwanderung von 3 auf 30 Millionen gestiegen. Die von Japan reich subventionierten japanischen Siedlungen sind verschwunden. Der chinesische Handwerker ist tüchtiger, der chinesische Kaufmann genügsamer und ehrlicher, der chinesische Bauer umsichtiger und wehrbarer als der japanische: die Mandchurei ist und bleibt chinesisch und die Grenze der Amur, an dem Ende des 17. Jahrhunderts die Kosaken zum ersten Male ihre Pferde tränkten, ohne aber jemals am rechten Ufer dauernd Fuß fassen zu können.

Das nationalpolitische Erwachen der karpathendeutschen Bauern

Gründung deutscher Genossenschaften in der Slowakei
Von einem Preßburger Mitarbeiter

Der Kriegsausgang, der so viel Hoffnungen des deutschen Volkes zerstörte und fast überall den Volksbestand zurückdrängte, hat an einigen Stellen Europas auch ein Erwachen des deutschen Bewußtseins zur Folge gehabt. Diese Vorgänge verdienen überall, wo Deutsche wohnen, Beachtung und Anteilnahme. Ist doch leider nur sehr selten Gelegenheit, von Fortschritten des deutschen Volkstums in seinem Daseinskampfe gegen fremde Nationen zu sprechen. Die Zuteilung verschiedener früher zu Ungarn gehörender Gebiete an andere Staaten hat zum Beispiel das große Erwachen der Banater Schwaben herbeigeführt und jetzt noch die Sathmarer Schwaben ausgerüttelt. Aber auch im ehemaligen Oberungarn, in der Slowakei, beginnt das vor dem Kriege der Gefahr völliger Magyarisierung preisgegebene deutsche Volkstum sich auf seine Wesensart wieder zu befinden und seinen Volkstörper zu stärken.

Besonders auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Anstrengungen der Deutschen in der Slowakei bemerkenswert. Die Deutschen der heutigen Slowakei kannten die Genossenschaft in ihrer Bedeutung für das wirtschaftliche und kulturelle Leben einer Sprachinsel bisher nicht. Obwohl die Siebenbürger Sachsen das Schulbeispiel für die Gleichgültigkeit nationaler und wirtschaftspolitischer Interessen gaben, fehlten in der Slowakei selbst bezeichnende Ansätze — ebenfalls ein Zeichen, wie schwach der Selbsterhaltungstrieb des Volkstums hier schon geworden war. Erst als karpathendeutsche Jungbauern in den sudetendeutschen Bauernschulen landförmliches Leben kennengelernt hatten und in den Gedanken der Genossenschaft eingeführt waren, wurde auch hier der Boden vorbereitet. 1929 wurde zum erstenmale der Ruf nach genossenschaftlicher Durchorganisation der karpathendeutschen Sprachinseln laut.

Die Bedeutung des nun folgenden Aufbaues deutscher Genossenschaften wird erst deutlich, wenn man die Kreditverhältnisse der deutschen Bauern und ihre starke Bedrohung durch slowakische Geldinstitute erfährt; lediglich in der Zips bestanden vier „Selbsthilfsvereine“, die wohl Kredite mit 8 Prozent ausschrieben, aber nach mancherlei Zuschlägen 10—11 Prozent berechneten. Sonst standen den deutschen Landwirten nur Banken zur Verfügung, deren Zinsfuß für die Landwirtschaft untragbar ist. Die Folge war eine unglückliche Verschuldung an Banken, die mit Ausnahme der „Zipser Bank“ durchwegs als Slowakisierungsinstitute bekannt sind und das Eindringen slowakischer Genossenschaften in die deutschen Sprachinseln. 1929 bestanden in der deutschen Zips bereits vier slowakische Spar- und Darlehenskassen und drei landwirtschaftliche Vorstufstellen, 1930 wurden an einem Tage vierzig Bauern der deutschen Ortschaft Rax auf Betreiben der „Tatra banka“ die gerichtlichen Exekutionen zugeführt. Ähnliche Verhältnisse bestanden im Preßburger Sprachgebiet, während in der Deutschproben-Kremnitzer Sprachinsel lediglich Sparanlagen bei slowakischen Banken waren, die „Kreditorganisation“ lag hier meist in der Hand des jüdischen Händlers und Gastwirts. — Es wurde klar, daß die weitere Überantwortung des Kre-

ditbedürfnisses an die slowakischen Geldinstitute nationalpolitisch die ärgsten Gefahren nach sich ziehen müßte.

In diesem Augenblick setzte der „Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Brünn“ mit der Gründung deutscher Raiffeisenkassen (Spar- und Darlehenskassen, System Raiffeisen) ein. Die unglücklich rasche Gründung von neun Kassen in der Zips fand im Frühjahr 1930 ihr Ende, als die Interessenten der Zipser Bank und andere Geldverleiher — im Rahmen Zipser politischer und wirtschaftlicher Organisationen — in völliger Verkennung der Tatsache einen Kampf gegen den Zentralverband und seine Mitarbeiter in der Slowakei begannen. Die erzwungene Ruhepause hatte jedoch den Vorteil, daß die Neugründungen sich festigen konnten und durch ihre sofort bemerkbare segensreiche Tätigkeit und die Angliederung von Verwertungsgenossenschaften von selbst jeden Widerstand beizügten. Inzwischen hatte die Karpathendeutsche Partei, die die eigentliche Initiative ergrieffen hatte, die Gründungen auch im Deutschproben-Kremnitzer Gebiete begonnen und hier — wo die primitivsten Voraussetzungen wirtschaftlicher und geistiger Natur zunächst fehlten — in mühevoller Arbeit durch die Wirtschaftszentrale innerhalb eines knappen Jahres 12 Raiffeisenbanken geschaffen. Im Laufe dieses Jahres wurden die Zipser Kassen um drei weitere vermehrt. Die Gründung von neuen Kassen in der Kremnitzer Sprachinsel steht bevor. Die Krönung dieses Wertes werden Genossenschaften im Preßburger Gebiet sein, wo durch den Weinbau und seine Konjunkturwirtschaft freilich äußerste Vorhut und genaueste Prüfung der Grundlagen erforderlich sind. So kann man damit rechnen, daß Ende 1931 dreißig deutsche Genossenschaften bestehen, die vorläufig genügen werden, um den Kreditbedarf der meisten deutschen Siedlungen zu decken.

Die Verpflanzung deutschen genossenschaftlichen Lebens in die Slowakei ist aber nicht allein für die Kreditorganisation der deutschen Bauernschaft von Bedeutung. Sie ist eine materielle Hilfe, denn Sinn für Gemeinschaft — für „Genossenschaft“ im weiteren Sinne — wieder lebendig werden zu lassen und auf alte, vergessene Formen der Selbstverwaltung zurückzugreifen. Es ist bezeichnend, daß in den noch am ursprünglichsten Häusergemeinden der Proben-Kremnitzer Sprachinsel die Genossenschaftsidee den wärmsten Anklang fand und hier auch schon die Ansätze nationalpolitischer Auswirkung zu finden sind. Meliorationen werden in größerem Maße begonnen, Schulbauten der Gemeinden werden finanziert, die deutschen Einlagen aus den slowakischen Banken zurückgezogen, die Anteilnahme am Gemeinwesen wächst. In der Zips hingegen — durch die Geistesrichtung eigentlich zur Führung verpflichtet — gewinnt der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe nur langsam Boden, ja die bestehenden Kassen unterstützen sogar slowakische Ankäufe deutschen Viehes! Während von den 19 Dorfgemeinden des Häusergebietes bereits 12 eigene Kassen haben, steht die Zips mit ca. 40 deutschen Ortschaften und ebenfalls 12 Kassen und einigen Verwertungsgenossenschaften erst am

Anfang ihrer wirtschaftspolitischen Umgestaltung. Wer die nationalpolitische Gefährdung dieser alten Kulturinsel kennt, kann nur wünschen, daß alle maßgebenden Faktoren an der Befestigung dieses Prozesses mitarbeiten.

Deutsche Lehrerbildungsanstalt in Südlawien

In Groß-Betschereker fand die Eröffnung der neuen deutschen Lehrerbildungsanstalt statt. Die Feier, an der Vertreter des Unterrichtsministers sowie anderer Ministerien und sämtliche deutschen Verbände Südlawiens beider Konfessionen teilnahmen, gestaltete sich zu einer Kundgebung der Staats- und Volkstreue der deutschen Staatsbürger Südlawiens. Es wurde u. a. mitgeteilt, daß dem im Frühjahr mit Zustimmung der Regierung gegründeten „Schulfonds der Deutschen in Südlawien“ bereits innerhalb dreier Monate aus Sammlungen unter der deutschen Minderheit 2,8 Millionen Dollar zugeflossen seien.

Sudetendeutsche und Tschechen im Lichte der Statistik

D.A.I. Man schreibt uns: Der tschechische Statistiker Dr. Bohac veröffentlicht unter Berücksichtigung der Volkszählungsergebnisse vom Dezember 1930 sehr beachtenswerte bevölkerungspolitische Daten, denen folgende Ziffernreihen entnommen sind.

	der Tschechen	der Deutschen
1881—1890	4,89 Proz.	5,35 Proz.
1891—1900	7,83 „	8,30 „
1901—1910	7,89 „	5,71 „
1911—1920	3,25 „	—12,30 „
1921—1930	7,57 „	4,60 „

Besonders auffallend ist die Verminderung der Deutschen um 12,3 Proz. in dem Jahrzehnt 1911—1920, das den Krieg und den Beginn der unter der tschechischen Herrschaft planmäßig betriebenen Entdeutschung in sich schließt, deren Erfolge bereits in der ersten tschechischen Volkszählung deutlich zutage traten.

	Mähren	Schlesien
im Jahre	Tschechen	Deutsche
1880	703,6	294,3
1890	282,3	547,8
1921	782,9	209,3
	475,6	405,3

Das Verhältnis der tschechischen Bevölkerungszahl zu der deutschen ist also binnen zwanzig Jahren in Mähren von 2,391 auf 3,741, in Schlesien von 0,515 auf 1,173 gestiegen.

Auch die folgenden Ziffern der Lebensgeburten geben zu denken.

	Mähren	Schlesien
In Böhmen entfielen von je 1000 (nach der Nationalität der Mutter) Lebensgeborenen auf die	1925	1926
	1927	1928
	1929	1930
Tschechen	664,7	668,3
	670,0	663,5
Deutsche	329,8	327,1
	325,6	327,0
	325,7	321,1

Diese Zahlen zeigen, trotzdem die Deutschen unter der wirtschaftlichen Not viel schwerer leiden als die Tschechen, ungefähr das gleiche Verhältnis wie die Bevölkerungsziffern der beiden Nationen. So war im Jahre 1930 bei den Tschechen der Bevölkerungsanteil 2,075 mal, der Anteil an den Lebensgeburten 2,103 mal so groß wie bei den Deutschen.

In Böhmen zählte man im Jahre 1930 nach Bohac 4 714 719 tschechische und 2 273 138 deutsche Staatsangehörige; ferner 88 732 tschechische und 42 192 deutsche Lebensgeburten. Danach entfallen auf je 1000 Staatsangehörige gleicher Nationalität bei den Tschechen 18,82, bei den Deutschen 18,56 Lebensgeborene. Betreffs der anderen Länder gibt Dr. Bohac folgende Promilleziffern der Lebensgeborenen an: In Mähren-Schlesien: 22,50 Tschechoslowaken, 17,15 Deutsche, 31,42 Polen, — Magyaren; in der Slowakei: 31,73 Tschechoslowaken, 19,63 Deutsche, — Polen, 23,4 Magyaren.

Hilferuf für die rußlanddeutschen Flüchtlinge in Chardin

D.A.I. Die Rußlanddeutschen in Amerika rufen Richard S. Hall in der „Dakota Freien Presse“ von Rom aus zur Hilfeleistung für die 1040 Brüder auf, denen es gelungen ist, über das Eis der Grenzflüsse und durch die Wüste in die Nordmandchurei zu flüchten. Es handelt sich um 450 Mann; der Rest verteilt sich auf Lutheraner, Baptisten, Pfingstbrüder und katholische Kolonisten. Die Leute werden zunächst von der chinesischen Regierung gebildet, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie auf schnellstem Wege weitertransportiert werden würden. Ziel der Missionen war Paragana; wegen der Unterbringung der Lutheraner hatte man bisher auf Kanada gerechnet. Die Hoffnung, daß sie nach dort einwandern und sich ansiedeln dürften, scheint sich aber nicht zu verwirklichen. Jetzt, nachdem noch alles ungewiß ist, drängt die chinesische Regierung auf einen raschen Abtransport der Flüchtlinge. Entweder müßten sie baldigst nach Nord- oder Südamerika weitergeschafft werden, oder sie müßten alle wieder nach Sowjetrußland zurück. „Rußland in Amerika“ — so heißt es in dem Aufruf — „wollt Ihr es geschehen lassen, daß eure eigenen Bluts- und Stammesbrüder, denen es gelungen ist, aus der roten Hölle zu flüchten, wieder in das grauenvolle Elend, in Verbannung und Tod zurückgetrieben werden sollen? Schnelle Hilfe tut not!“ Der Aufruf tritt dafür ein, daß die amerikanischen Kirchenorganisationen ihren Einfluß bei der chinesischen Regierung sofort dahin geltend machen, daß die Flüchtlinge sich noch einige Zeit in Chardin aufhalten dürfen. Er weist sodann auf die erfolgreichen Siedlungen der Missionen im paraganaischen Chaco hin und ruft zu einer Zusammenarbeit aller derjenigen Kirchenorganisationen auf, die an der Not der deutschen Brüder in Rußland persönlichen Anteil nehmen.

Der Aufruf liegt etwa zehn Tage zurück. Was aus den Deutschen während des laufenden Mandchureikonflikts geworden ist, ließ sich leider nicht in Erfahrung bringen.

Baltenstaaten und Russendumping

P. M. Riga. — Wenn noch vor fünf Jahren der Umfang des Aussenhandels Lettlands zu dem Litauens und Estlands sich ungefähr 3:2:2 verhielt, so hat sich diese Beziehung in letzter Zeit, grob gerechnet, wie 4:3:2 verschoben. Lettland steht nach wie vor an erster Stelle, überwiegt aber nicht mehr in dem Masse wie früher, Litauen ist heraufgerückt, Estland verharret mehr oder weniger auf dem alten Stande.

Bei Lettland sprechen die jährlichen Lieferungskontingente von Fertigwaren, im Handelsvertrag mit Moskau vorgesehen, wesentlich mit, bei Litauen wiederum die noch nicht abgeschlossene Lieferkontingente, die jetzt erst Versäumtes oder früher Unterbündenes nachholt. Lettlands Transit durch den Baltischen Raum bei weitem an der Spitze. Gross-Riga endlich ist bis zu einem gewissen Grade wieder das alte baltische Zentrum. So ist es zu erwarten, dass Lettland seit jeher im Mittelpunkt der Erörterungen steht, sobald baltische Wirtschaftsfragen ins Ausland angegriffen werden. Besonders eines unter ihnen, Dumping und Antidumping, war noch im vorigen Jahr in Riga brennend. Die Politik des Kontingents für Aussenhandel wurde nach allen Richtungen hin in den Blättern, Konferenzen und Konferenzen besprochen. Das ist nun nicht mehr in dem Masse der Fall. Man hat manches erkannt und vieles zugelehrt. Im übrigen schreibt auch die Politik hier ihre Bedingungen vor. Gewisse Fragen sind von realen Erwägungen der Tatsachenverhältnisse die mir zu oft auf einem unüberwindlichen Missverhältnis beruhen, begleitet ist.

Lettland, neuerdings auch Estland, liegt ungemein viel daran, an dem hier noch in lebhafter Erinnerung stehenden, früher als „unbegrenzt“ geltenden russischen Markt wieder Fuss zu fassen. Moskau, sofern es überhaupt viel für diese Handelsverbindung übrig hat — in der Hauptsache handelt es sich ja um den Warenaustausch —, weicht dabei jedoch keinem unter missen. Riga, ja seit kurzem auch Kowno, unter allen Umständen des Rechens. Nicht so sehr handelt es sich dabei um die Sowjetausfuhr von Rohstoffen, Holzprodukten und Fertigwaren nach den baltischen Staaten, als um die Lieferungen für den Weltmarkt. Solange der Rätebund sich von schweren Erörterungen noch nicht oder nur wenig erholt hatte, hat sich den Baltischen die günstige Gelegenheit, Holz und Flachs in grösseren Mengen nach Mittel- und Westeuropa zu versenden, ja bei Flachs, wo die russische Konkurrenz besonders gering war, zum Teil der Weltpreise vorzuschreiben. Lettland als Staat, das das Flachsmonopol bei sich nicht aufgegeben hat, konnte im Laufe von wenigen Jahren einen Gewinn von 40 Millionen Lat verzeichnen. Dies alles wurde ganz anders, als die russischen Massenlieferungen aufkamen. Der baltische Holzhandel, der Teil auch Holzstoff mit einschliessend, ist untrüblich in den letzten zwei bis drei Jahren katastrophal zurückgegangen. Der Rückschlag im Flachshandel stellte sich etwas später ein, wirkte sich aber nur wenig günstiger aus. Die Waldwirtschaft an der baltischen Ostseeküste ruht grösstenteils schon gänzlich. Die Flachsanaufbauten von Estland und Nordpolen zeigten in diesem Frühjahr einen Anstieg von 20—50 Prozent. Umgekehrt nimmt die Anbereitung von Holz und Faserware in der Sowjetunion einseitig noch immer zu. Das Missverhältnis zwischen den Randstaaten der Ostsee schon übergrössen worden — unüberwindlich war es von Beginn an, das nun russisches Dumping oder seine Folge?

An sich ist der Dumpingbegriff theoretisch nicht bestimmbar. Es steht noch immer nicht fest, ob das grösste Ziel der Zerstörung der konkurrierenden Produktion anderer Länder in diesem Falle vorliegt. Faktisch ist aber Tatsache, dass Russland bei Holz und Flachs erst jetzt dabei ist, die alten Stellungen auf der Weltmarkt wiederzugewinnen. Vor dem Krieg war der Anteil der russischen Ostseeprovinzen an den gesamten russischen Holz- und Flachslieferungen zwar relativ bedeutend, aber absolut nicht entscheidend. Die baltischen Waldbestände werden von 1914 an stark, wenn nicht gar übermässig angegriffen, während diejenigen vom Weissen Meer

bis zum Stillen Ozean in der ganzen Welt an Menge und Güte konkurrenzlos dastehen. Gegen diese Logik gibt es kein Argument. Nicht ganz so, aber ähnlich liegen die Verhältnisse bei Flachs. Auch an Antidumping, wenn wir das Wort hier gelten lassen wollen, wäre in diesem Falle nicht zu denken. Lettland hat die entsprechenden Forderungen schon vor einigen Jahren gezogen und den Stapel-, Sortier- und Umschlagplatz Riga wieder in den Dienst der russischen Flachsauhfuhr gestellt. Zum geringeren Teil bezieht sich das Gesagte auch auf die russische Holzauhfuhr, namentlich soweit sie die Dünaflössung in Anspruch nimmt. Dieselbe Handels- und Verkehrspolitik in bezug auf die Sowjetunion schlug Litauen vor etwa zwei Jahren, Estland eigentlich erst in diesem Jahr ein. Schon kann in dieser Hinsicht von einer gewissen Rivalität der Baltischen Staaten gesprochen werden, was den Intentionen Moskaus, namentlich seinem Streben nach Transport- und Umschlagverbilligung, gewiss entspricht.

Als Mit- und Wettbewerber treten die Baltischen Staaten auch am Buttermarkt auf. Mehr und mehr gewinnt dieser Handelszweig in Osteuropa an Bedeutung. Bei einigen Baltischen Ländern überwiegt er schon absolut im Aussenhandel. Die russische Konkurrenz, die sich einstweilen in Anfällen erschöpft und Rückschläge nicht vermeiden kann, ist noch wenig fühlbar, mag aber mit der Zeit vor drohendem Gefahr anwachsen. Noch vor zwanzig Jahren bedeutete die Butterauhfuhr der alten russischen Ostseeprovinzen nichts im Vergleich zu den überragenden Mengen sibirischer Exportbutter. Ihren früheren Produktions- und Exportstand hat die Sowjetunion noch nicht erreicht. Ungeachtet dessen wird der Absatz von Butter im Ausland allmählich schwieriger. Um sich diesen nicht nur in der einheimischen Landwirtschaft, sondern, wie gesagt, auch in der Ausfuhr überragenden Zweig zu sichern, erwägen Lettland und Estland seit Jahresfrist Exportprämien, eine Frage, die Litauen schon vor einiger Zeit in positivem Sinne entschieden hat. Ohne Zweifel steht auch dieser Teil der baltischen Ausfuhr im Zeichen der Kampfpreise, wobei zum Teil schon die Subventionierung des Exports eingeführt worden ist. Dennoch kann man im vorliegenden Fall kaum von einem baltischen Dumping am Buttermarkt sprechen, ebensowenig bei der Ausfuhr von Bacon und Eiern, für die einzelne Randstaaten gleichfalls schon Ausfuhrprämien eingeführt haben. „Verallgemeinertes Dumping hebt sich selbst auf“ — dieser Schlussatz von Dr. Otto Veit (Berlin) im Artikel „Das Dumping als weltwirtschaftliches Problem“ im „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, Heft 28 vom 10. Juli 1931, ist gerade auf den baltischen Export hochwertiger Lebensmittel voll zu beziehen.

Die Exportprämien würden in den baltischen Staaten ganz anders ausgebaut sein, ständen dem nicht unüberwindliche Finanzschwierigkeiten im Wege. Diese stellen jetzt schon die Agrarstützung überhaupt in Frage, so auch das halbe staatliche Getreidemonopol in Lettland und das volle in Estland. Einstweilen haben beide Ostseestaaten damit wenigstens das erreichen können, dass die Kornauhfuhr, hauptsächlich aus Deutschland und Amerika, stark zurückgegangen und der Ueberflutung des baltischen Getreidemarktes mit russischen Lieferungen ein Riegel vorgeschoben ist. In engem Zusammenhang damit stehen auch die allmählich zunehmenden Einfuhrsperren, Sonderzölle, Verzögerungsstarfe, die Verbilligungs- zwang, in geringerem Masse die Ausdehnung des noch vor kurzem akademischen Begriffs der „Baltischen Klausel“ auf gegenseitige Einfuhrkontingentierungen und andere Massregeln mehr, die scheinbar oder tatsächlich, je nachdem, Dumping oder Dumpingabwehr darstellen, in Wirklichkeit aber verzweifelte Versuche sind, sich der eigenen Haut zu wehren, um nicht in dem zunehmenden Kampf aller gegen alle zu unterliegen. Auch der baltische Aussenhandel ist so gut wie auf der ganzen Linie in wenigen Jahren überaus kompliziert geworden, spiegelt aber doch nur die Erschütterung des Welthandels wider, als Folge der Weltwirtschaftskrise, die sich am empfindlichsten dort auswirkt, wo die lebende Volkskraft und die Naturreichtümer eines Landes eng begrenzt sind, von anderen misslichen Begleitumständen nicht zu sprechen.

mit der Durchführung des sog. „Fünfjahresplans“ zusammenhängen. In dieser Hinsicht dürfen also den Hütten kaum sonderlich günstige Dauerperspektiven offen stehen. Ausserdem liegt die Gefahr des polnischen Russlandgeschäfts, das, wie vorher erwähnt, auf die zwei Produkte der Hüttenindustrie gestützt ist, in dem Umstand, dass die Zink- und Bleiervorkommen Oberschlesiens eine zunehmende Erschöpfung verraten, abgesehen von der betriebstechnisch und wirtschaftlich nicht zu unterschätzenden Erwägung, dass der rätstaatliche Einfuhrbedarf grossen, oft unerwarteten Schwankungen unterliegt. Zudem knüpfen die Sowjets ihre Abschlüsse an die Bereitstellung von Krediten, die sich in Grenzen von 18 bis 24 Monaten bewegen, um andererseits bei ihrer Ausfuhr eine Art Diktatur ihrer Absatzbedingungen zu betonen. Daran würde freilich der Handelsvertrag, wie ihn die polnischen Wirtschaftskreise anstreben und der — ceteris paribus — wenigstens im Augenblick nur geringe Erfolgchancen hat, kaum grundsätzlich etwas ändern.

Polen und die deutsche Holzsperr

D.P.W. In den ersten 8 Monaten d. Js. betrug die polnische Gesamteinfuhr aus Deutschland 253 293 000 Zl gegen 412 915 000 Zl in den ersten 8 Monaten des Vorjahres. In der Vergleichszeit ist der Anteil Deutschlands an der polnischen Gesamteinfuhr von 27 Prozent auf 24,3 Prozent, d. i. um nur 3,7 Prozent gesunken.

Die Ausfuhr Polens nach Deutschland betrug in diesem Jahre 213 597 000 Zl gegen 420 873 000 Zl in den ersten 8 Monaten 1930, d. h. sie ist auf die Hälfte zurückgegangen. Der prozentuale Anteil Deutschlands an der polnischen Gesamtausfuhr verminderte sich von 25,8 auf 16,7 Prozent. Zum ersten Male ist Deutschland hinsichtlich des Anteils an der polnischen Ausfuhr von einem anderen Lande, und zwar England, überflügelt worden. Diese stark gedroselte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die polnische Ausfuhr wird von den massgebenden Kreisen Polens natürlich mit der grössten Besorgnis verfolgt.

Die hauptsächlichste Ursache des geschilderten Tatbestandes ist die Sperrung des deutschen Marktes für die polnische Holzauhfuhr. Statistische Zahlen liegen vorläufig nur für die ersten 7 Monate d. Js. vor. In diesem Zeitraum hat Polen nach Deutschland für rund 17 Mill. Zloty Holz exportiert, während die Ausfuhr im Vorjahr noch mit 100 Mill. Zloty angegeben ist. Würde man die noch nicht vorliegenden Augustziffern hinzunehmen, so würde die Bedeutung des deutschen Absatzmarktes für Polen noch mehr in Erscheinung treten. Aus diesem Grunde ist es begreiflich, dass die beteiligten Kreise Polens mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Verständigung mit Deutschland anstreben, ohne bisher etwas Positives erzielt haben zu können. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein deutsch-polnischer Holzvertrag nicht denkbar. Die deutsche Grenze könnte sich erst mit dem Inkraft-

treten des Handelsvertrages für polnisches Holz öffnen. Aber auch hierfür sind die Aussichten sehr gering. Zieht man ferner die Wirkungen der englischen Pfundkrise auf die polnischen Holzexportinteressen in Betracht, so wird es klar, dass sich die Holzwirtschaft Polens, die auf dem Inlandmarkt nur ein stark beschränktes Tätigkeitsgebiet hat, in einer Klemme befindet, aus welcher es, wenigstens vorläufig, keinen Ausweg gibt.

Dollar und Pfund

Am gestrigen Mittwoch notierte der Dollar an den internationalen Börsen folgendermassen: London 3.87 (3.89), Paris 25.39 (25.395), Berlin 4.209—4.217 (4.209 bis 4.217), Amsterdam 2.46 (2.468), Zürich 5.09 (5.09).

Das englische Pfund notierte am gleichen Tage in New York 3.875 (3.88), Paris 98.25 (99.00), Berlin 16.32 (16.32), Amsterdam 9.55 (9.61), Zürich 19.85 (19.75).

Der neue Ausweis der Bank Polski

Der Ausweis der Bank Polski für die erste Oktoberdekade zeigt beachtlicherweise eine Vermehrung des Goldbestandes um 7,9 Mill. Zl. Deckungsfähige Devisen verminderten sich dagegen um 16,8 Mill. Zl, auch die nicht deckungsfähigen gingen um 3,4 Mill. Zl zurück. Der Wechselbestand hat einen Rückgang um 4,2 Mill. Zl aufzuweisen, während der Bestand an Lombardforderungen um 8,6 Mill. Zl gestiegen ist. Die übrigen Aktiva sind um 7,5 Mill. Zl zurückgegangen.

Auf der Passivseite sind die sofort fälligen Verpflichtungen um 18,4 Mill. gestiegen. Der Geldumlauf hat eine Verminderung um 37,7 Mill. Zl erfahren. Die reine Golddeckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen beträgt 41,04 Prozent (31,04 Prozent über Minimum), die kombinierte Deckung (Gold und Devisen) 48,10 Prozent (8,10 Prozent über Minimum), die reine Golddeckung des Notenumlaufes allein beträgt 48,53 Prozent. Diskontsatz 7,5 Prozent, Lombardzinssatz 8,5 Prozent.

Auf der Passivseite sind die sofort fälligen Verpflichtungen um 18,4 Mill. gestiegen. Der Geldumlauf hat eine Verminderung um 37,7 Mill. Zl erfahren. Die reine Golddeckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen beträgt 41,04 Prozent (31,04 Prozent über Minimum), die kombinierte Deckung (Gold und Devisen) 48,10 Prozent (8,10 Prozent über Minimum), die reine Golddeckung des Notenumlaufes allein beträgt 48,53 Prozent. Diskontsatz 7,5 Prozent, Lombardzinssatz 8,5 Prozent.

Ermässigung der Eisenbahntarife für die Holzauhfuhr

D.P.W. Das polnische Verkehrsministerium bearbeitet gegenwärtig ein Projekt über die Ermässigung der Eisenbahntarife für die polnische Holzauhfuhr. Hierzu schreibt der halbamtliche „Rynek Drzewny“, dass eine Ermässigung der Tarife erfolgen müsse, da diese Frage infolge der sich häufenden Exportschwierigkeiten für die Wirtschaft Polens die allgrösste Bedeutung habe. An den Tarifierleichterungen sei nicht nur die private, sondern auch die staatliche Holzwirtschaft interessiert. Der Entschluss des polnischen Verkehrsministeriums ist auf die wiederholten und dringenden Vorstellungen bei den Zentralbehörden zurückzuführen.

Der Verfall der Kaufkraft in der Landwirtschaft

Eine der wichtigsten inneren Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation ist, wie immer wieder betont wird, der katastrophale Verfall der Kaufkraft der Landwirtschaft. Ueber den Umfang dieses Verfalls macht man sich allgemein nur sehr unzulängliche Vorstellungen. Wie er sich tatsächlich auswirkt, geht aus der nachstehenden, dem „Kleinen statistischen Jahrbuch“ entnommenen Angaben hervor, die das Kaufkraftverhältnis zwischen den wichtigsten Erzeugnissen der Landwirtschaft und einigen ihren unentbehrlichen Hilfsstoffen und Fertigfabrikate darstellen.

Hiernach musste der Landwirt zahlen:

für einen Pflug:		23 kg Fleisch
vor dem Kriege		23
1925/26		23
1929/30		19
Februar 1931		45
für 10 kg Superphosphat:		6 " "
vor dem Kriege		6
1925/26		6
1929/30		4
Februar 1931		8
für Schuhe:		13 " "
vor dem Kriege		13
1925/26		23
1929/30		21
Februar 1931		45
für 10 kg Zucker:		8 " "
vor dem Kriege		8
1925/26		9
1929/30		10
Februar 1931		16
für 100 kg Salz:		10 " "
vor dem Kriege		10
1925/26		27
1929/30		17
Februar 1931		36
für 10 kg Seife:		9 " "
vor dem Kriege		9
1925/26		14
1929/30		10
Februar 1931		20
für 100 kg Kohle:		4 " "
vor dem Kriege		4
1925/26		3
1929/30		4
Februar 1931		8

Wir sehen also, dass der Bauer für ein Paar Schuhe jetzt 321 kg Roggen oder 45 kg Fleisch hergeben muss, gegenüber 79 kg bzw. 13 kg vor dem Kriege und 223 bzw. 21 kg noch im Jahre 1929/30. — für einen Pflug 321 statt 135 bzw. 198 kg Roggen oder 45 kg statt 23 bzw. 19 kg Fleisch.

Diese Zahlen, das Ergebnis des Preissturzes bei den Agrarprodukten bei gleichzeitiger Steigerung bzw. unzureichender Senkung der Preise für Industrieerzeugnisse, zeigt deutlich, in welchem Grade die Landwirtschaft in ihrer Kaufkraft geschwächt worden ist.

Der polnisch-russische Warenaustausch

Die Verhandlungen über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen Polen und der Räteunion zwischen die Vermutung begründet erscheinen, dass es in diesen zwei Nachbarstaaten auch zur Normalisierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen würde. Grundsätzlich zu seinem östlichen Nachbar derselbe unerspriessliche Zustand, wie er im Verhältnis zu Deutschland herrscht, unter dem beinahe 30 Handelsverträge, die Polen bisher schon mit fast allen überseeischen Zweigmächten abgeschlossen hat, besteht eine gewaltige Lücke, die zu füllen bisher nicht gelungen ist; es fehlt das Handelsabkommen mit Rätussland und das Inkrafttreten des Handelsvertrages mit Deutschland.

Der Handelsvertrag mit Rätussland ist bisher an gewissem politischen Postulat gescheitert, und es ist kein Zufall, dass mit den eifrigen Bestrebungen polnischer Industrieführer, die Handelsvertragsverhandlungen mit Moskau aufzunehmen, der Schritt des Generalkontrahats in Hand ging, den Rätebund zum Abschluss des Nichtangriffspaktes zu veranlassen. Die polnischen Industrieführer liessen nach ihrer Meinung unbeschadet ihrer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung doch ein dankbares Absatzgebiet offen für polnische Industrieerzeugnisse darinnen, sei es, so wurde immer wieder betont, nicht zum Zweck des gegenseitigen Warenverkehrs baldmöglichst zu ordnen, bevor es zu spät ist. In der Richtung der polnischen Güterausfuhr nach der Räteunion in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen, und was noch wichtiger erscheint, gestaltet er sich für Polen durchaus aktiv. Russland importierte im Jahre 1930 die polnische Einfuhr aus 55 Mill. Zl. höher als die Ausfuhr (allerdings importierte Polen für 68,7 Mill. Zl. russisches Eisen und Stahl, während 1929 einer Einfuhr im Werte von 50,8 Mill. Zl. eine Ausfuhr in Höhe von 81,1 Mill. Zl. betrug). Im Jahre 1930 stieg die Einfuhr weiter auf 61,5 Mill. Zl. und die Ausfuhr auf nahezu 129 Mill. Zl. Auf der polnischen Einfuhrseite partizipiert die Räteunion mit 2 Prozent, auf der Ausfuhrseite aber mit 5,3 Prozent am Gesamtaussenhandel.

Nicht ganz so günstig sind die Zahlenergebnisse, wenn man sie einer Analyse unterzieht. Dann ergibt sich nämlich die bemerkenswerte Feststellung, dass polnische Ausfuhrvolumen seinem Werte nach zu Zloty im Jahre 1927 um 184 Zl im Jahre 1927 auf 310,4 Zloty im Jahre 1930, wogegen die Ausfuhr im Jahre 1930 mit 615,3 Zl die Gewichtstonne betrug, 1929 mit 53 Prozent am Gesamtaussenhandel.

Der Wertverlust der Einfuhr (die Gewichtstonne gegenüber dem Jahre 1927) betrug 48 Prozent. Dieser Vorgang ist keineswegs durch die Güterverrechnung begründet, vielmehr ist er eine Folge der strukturellen Wandlungen, wie sie im letzten Jahre zwischen Polen und der Räteunion im Allgemeinen und im Einzelnen eingetreten sind.

Das polnische Russlandgeschäft beschränkt sich mehr und mehr auf die Erzeugnisse der Hüttenindustrie.

Umgekehrt importiert Polen aus Rätussland in der Hauptsache Roh- und Halbstoffe. Das russische Getreide spielte in den letzten drei Jahren keine Rolle mehr. Indessen hat die Einfuhr an Roh- und Halbstoffen in dem letzten Jahr ihre Struktur ebenso gewandelt wie die polnische Ausfuhr nach Rätussland. Allein der Export an polnischen Textilgeweben aller Art ging im letzten Jahr um 11 Mill. und an Garn um weitere 5 Mill. Zloty zurück, während umgekehrt der polnische Import an russischem Tabak um 6 Mill. Zl. und an frischen Fischen um 3,5 Mill. Zl. stieg. Auch die polnische Einfuhr an Metallen verminderte sich um 10 Mill. Zl. im ganzen gesehen, lässt sich sagen, dass die rätstaatliche Ausfuhr nach Polen in einem viel schnelleren Tempo steigt, als die polnische Ausfuhr nach Rätussland zunimmt.

Das hat nicht zuletzt in der Vielfältigkeit des dumpinggeschützten Exports der Räteunion seinen Grund. Beispielsweise haben die Sowjets im Jahre 1930 zum erstenmal Baumwolle nach Polen geliefert, auf deren Einfuhr die Lodzer Textilindustrie angewiesen ist. Dieser Baumwollimport bezifferte sich zwar nur auf 141 737 Zl und die Herkunft dieses Rohstoffes mag sehr bestritten sein. Aber es unterliegt keinem Zweifel, dass die Sowjets die Baumwollkultur mit Nachdruck fördern, wenigliche gegenwärtig die Preiskonstellation für Rohbaumwolle keineswegs verlockend ist und die sibirische Baumwollenernte statt der erwarteten 61 000 t nicht mehr als 8000 t ergab.

Auf der anderen Seite dominieren zwei Fabrikate in der polnischen Ausfuhr nach Rätussland, nämlich Eisen und Zink. Der Eisen- und Stahlexport betrug 1927 erst 0,7 Mill. Zl. und stieg bis 1930 auf nahezu 70,8 Mill. Zl. Ausserdem nahm die Stahl- und Eisenblechauhfuhr von 1,9 Mill. Zl. im Jahre 1927 auf fast 23 Mill. Zl. im Jahre 1930 zu. Der Zinkabsatz hat zwar im letzten Jahr einen Rückgang von 23,1 auf 16,6 Mill. Zl. erfahren, aber er spielt dennoch in der Gesamtausfuhr eine sehr beachtliche Rolle. Die übrigen Produkte der polnischen Industrie treten demgegenüber gar nicht mehr bemerkenswert in Erscheinung. Das würde bedeuten, dass die Exportmöglichkeiten Polens im Russlandgeschäft auch nicht annähernd ausgenutzt werden und die jetzige Ausfuhr mehr einen sporadischen Charakter trägt, wogegen die rätstaatliche Ausfuhr nach Polen schon jetzt stark differenziert ist und einer gewissen Beständigkeit nicht entbehrt.

Eine starke Erschütterung haben Polens Handelsbeziehungen mit Russland, vor allem das Liefergeschäft mit Erzeugnissen der Schwerindustrie, durch den Pfundsturz erfahren, da die entsprechenden Verträge fast durchweg auf Pfundgrundlage abgeschlossen waren.

Die Verluste, die die oberschlesischen Eisenhütten hierdurch erlitten haben, gehen, wie wir bereits in einem Sonderartikel berichteten, in die Millionen. Wie uns soeben berichtet wird, soll es inzwischen gelungen sein, mit den sowjetrussischen Vertretern zu einer Einigung über den Zahlungsmodus zu gelangen, so dass wenigstens die künftigen Lieferungen sichergestellt sind.

Zu beachten wäre noch, dass die Eisenlieferungen der oberschlesischen Hüttenindustrie in erster Linie

Polens Metallindustrie im September

Der Verband der Polnischen Metallindustriellen berichtet über die Geschäftslage in den einzelnen Zweigen dieser Industrie im verfloessenen Monat September: Lokomotivbau: Der Beschäftigungsstand verschlechterte sich. Die Bestellungen des Verkehrsministeriums waren erheblich geringer als in den Vorjahren, und Aussichten auf die Hereinnahme neuer Aufträge bestehen nicht. Nach Neujahr wird sich der Lokomotivbau gezwungen sehen, seine Betriebe weiter einzuschränken. Wagonbau: Nur ein einziges Unternehmen konnte infolge Hereinnahme russischer Aufträge seine Tätigkeit etwas ausdehnen; die übrigen sahen sich zu weiteren Betriebsbeschränkungen gezwungen, da die Aufträge der Staatsbahnen bedeutend geringer ausfielen als bisher. Verbrennungsmotoren: Infolge allgemeinen Auftragsmangels herrscht in diesem Industriezweig nahezu völliger Stillstand. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte: Die Unternehmen sind im Durchschnitt nur zu 25 Prozent beschäftigt. Eine Reihe von ihnen, die Anfang August in der Hoffnung auf eine Belebung des Absatzes ihre Tätigkeit ausgedehnt hatten, sahen sich infolge wachsender Absatzschwierigkeiten zu neuerlichen Einschränkungen gezwungen. Für den Monat November werden in diesem Industriezweig allgemein weitere bedeutende Einschränkungen des Betriebes erwartet. Feilen: Die Betriebe sind nur zu 30 Prozent beschäftigt, und für das letzte Vierteljahr d. J. ist eine Besserung der Lage nicht vorauszusehen. Optische und Messinstrumente: Die Unternehmen arbeiten ausschliesslich für die Regierung und sind durchweg nur zu 50 Prozent beschäftigt. Brückenbau und

Eisenkonstruktionen: Die Lage besserte sich etwas, da die drei grössten Unternehmen dieser Branche die Ausführung des Regierungsauftrages auf 5 Eisenbrücken in Angriff nahmen. Für die nächsten Monate wird mit einem Beschäftigungsstand von 40 Prozent unter normal gerechnet. Dampfkessel: Wegen Auftragsmangel ist der Beschäftigungsstand sehr schwach. Etliche Unternehmen arbeiten mit verminderter Belegschaft nur noch 4 Tage in der Woche und sehen weitere Betriebsbeschränkungen in den kommenden Monaten voraus. Apparate und Maschinen für die Zucker- und Brennereindustrie: Die Betriebe sind durchweg nur zu 15 Prozent beschäftigt. Draht und Nägel: In der jetzt zu Ende gehenden Saison lagen die Umsätze um 20—25 Prozent unter denen des Vorjahres. Der Grundpreis für Nägel blieb mit 65 Zl per 100 kg zuzüglich Grössenzuschlag unverändert; es wurden jedoch Rabatte von 35—40 Prozent gewährt, während im Vorjahre höchstens 15 Prozent bewilligt wurden. Stahlfäule: Dieser Industriezweig ist zu 60 Prozent beschäftigt. — Allgemein klagen sämtliche Zweige der polnischen Metallindustrie nicht nur über die Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit der Privaten, sondern insbesondere auch über die Verschlechterung des Zahlungseinzugs von seiten der Regierung und der Selbstverwaltungskörperschaften.

Märkte

Produktenbericht. Berlin, 14. Oktober. Trotz geringen Inlandsangebots schwächer. Die jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers, in denen erneut auf die Stabilität der Währung, sowie auf die Sicherstellung der Versorgung für das laufende Wirtschaftsjahr hingewiesen wurde, haben am Produktenmarkt zu einer

Weiteren Beruhigung geführt. Da andererseits das Mehlgeschäft sich weiter in sehr engen Grenzen hält...

Am Lieferungsmarkt setzte Weizen bis 3 Mark, Roggen 2 Mark schwächer ein. Weizen- und Roggenmehle werden zu unveränderten Preisen angeboten...

Berlin, 14. Oktober. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen neu 213-216...

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 14. Oktober. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin...

Zucker. Magdeburg, 13. Oktober. Preise für Weisszucker einschliesslich Sack und Verbrauchssteuer für 50 kg brutto für netto ab Verladestation Magdeburg...

Vieh und Fleisch. Berlin, 13. Oktober. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: Rinder 1388, darunter Ochsen 530, Bullen 334...

Der Verein Deutscher Angestellter bittet uns, mitzuteilen, daß Herr Dr. Max Hobann in seinem Auftrag am Sonntag um 8 Uhr abends einen Vortrag über „Rugland“ gehalten hat...

z. Schwere Motorradunfall. Als der Maschinenfabrikant Kornowski aus Gniwlowo mit seinem Motorrade die Chaussee Dniwlowo mit seinem Motorrade entlang fuhr, kam ihm von der entgegengesetzten Seite ein Führer entgegen...

Alexto. O. Entziehung des Schankrechtes. Nachdem schon vor längerer Zeit die 1/2 Kilometer von der Stadt entfernt liegende Gastwirtschaft von Emil Krüger das Schankrecht verloren hat, ist dasselbe auch vor einigen Wochen der Witwe Klemp und in den letzten Tagen auch dem Gastwirt Karl Hörgens von hier entzogen worden...

O. Arbeitslosenfürsorge. Wie in vielen anderen Städten ist auch hier unter dem Vorsitz des Bürgermeisters ein Ausschuss gegründet worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, für den kommenden Winter die Arbeitslosen mit Mitteln und Arbeit zu versorgen...

O. Keine Wohnungsnot. Dafür, daß in unserem Städtchen eine Wohnungsnot nicht mehr besteht, zeugt die Tatsache, daß sich in kleineren, leerstehenden Wohnungen mehrere Zigeunerfamilien eingemietet haben...

O. Einen Kursus für polnische Sprache beabsichtigt die hiesige Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe auch in diesem Jahre unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre einzurichten...

Wettervorhersage für Freitag, den 16. Oktober. Nachts klar mit Frostgefahr, am Tage wieder Bewölkungszunahme aber immer noch sehr kühl, schwache Luftbewegung. Keine Niederschläge.

Gemüse. Berlin, 13. Oktober. Inländisches: Weisskohl, Berliner Gärtnerware 2.50-3.50, Weisskohl, hiesiger 2.20-3.50, Wirsingkohl, Berliner Gärtnerware 2.50-3.50, Rotkohl, Berliner Gärtnerware 3.50-5.00, Rotkohl, hiesiger 3.50-4.50, Rosenkohl 12-20, Blumenkohl, Eriurter, 100 Kopf 10-20, Blumenkohl, rheinischer, 100 Kopf 10-23, Blumenkohl, sonstiger, hiesiger 5-20, Kohlrüben 2.50-4, Rote Rüben 3-4, Mohrrüben 2-3, Rübchen 6-8, Spinat 7-10, Spinat, Blatt 8-12, Salat, 100 Kopf 4-8, Gurken, Treibhaus, 100 Stück 12-38, Kürbis 2-3, Kohlrabi, Schock 0.60 bis 1, Tomaten, Treibhaus- 16-28, Tomaten, Freiland- 10-20, Pfefferlinge, holl. 25-33, Radieschen, Schockbund 0.80-1.25, Rettiche, hiesige, Schock 2-5, Rettiche, Dresdener, Schock 4-8, Rettiche, bayerische 5-10, Meerrettich 35-40, Sellerie, Schock 3-9, Sellerie 8 bis 12, Porree, je nach Grösse, 100 Bund 3-10, Zwiebeln 4.25-5.50, Zwiebeln, grosse 5.50-6, Kartoffeln 2-2.50, Kartoffeln, Nieren- 3.50-4.50, Ausländisches: Blumenkohl, holl., 100 Kopf 20-25, Rosenkohl, holl. 10-15, Bohnen, ital., brutto 28-32, Bohnen, franz. 28-32, Gurken, Treibhaus-, holl., 100 Stück 25-40, Tomaten, holl. 24-28, Tomaten, ital., brutto 13-18, Schwarzwurzeln, holl. 25-33, Netz-Melonen, holl. 25 bis 30, Melonen, ungar. 4-10, Aepfel, hiesige, Tafel- 8-20, Aepfel, hiesige, Koch- 4-8, Birnen, hiesige, Tafel- 8-18, Birnen, hiesige, Koch- 4-8, Preiselbeeren, hiesige 22-28.

Butter. Berlin, 13. Oktober. (Amtliche Preisfestsetzung der Berliner Butternotierungskommission.) Per Zentner 1. Qualität 113, 2. Qualität 103, abfallende Qualität 89. (Preise vom 10. Oktober; Dieselben.) Tendenz: ruhig.

Getreide. Posen, 15. Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Pozna:

Table with columns for grain types (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) and prices. Includes sub-sections for transaction prices and direction prices.

Gesamt tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 75 to., Weizen 15 to., Gerste 30 to., Hafer 30 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Getreide. Thorn, 14. Oktober. Notierungen der Getreidekäufer in Thorn für 100 kg franko Verladestation in Pommerellen, für Kleinen franko Empfangsstation: Gutsweizen 19.25-19.75, Marktweizen 19 bis 19.25, Roggen 19.25-19.75, Gutsgerste 22-23, Marktgerste 19.50-20, Hafer 19-19.50, Weizenmehl 31.50 bis 33.50, Roggenmehl 33-34, Weizenkleie 12.50-13, Roggenkleie 12.50-13. Tendenz: ruhig.

Danzig, 14. Oktober. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 130 Pfd. weiss 12.50-12.75, Weizen 130 Pfd. rot, bunt 12, Weizen 126 Pfd. 11.50, Weizen 122 Pfd. 11, Roggen 120 Pfd. 12.70, Gerste feine 15

bis 16, Gerste mittel 14-15, Sammelgerste 13-13.50, Futtergerste 13, Hafer 11.50-12, Viktoriarbisen 15 bis 16.50, grüne Erbsen 16-18, Roggenkleie 8, Weizenkleie 7.75, Blumholz 35-38.

Warschauer Börse. Warschau, 14. Oktober. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.875, Goldrubel 5.475, Tschernwenz 0.36 Dollar.

Fest verzinsliche Werte. Table with columns for interest rates and values.

Industrieaktie. Table with columns for various industrial stocks and their prices.

Amtliche Devisenkurse. Table with columns for exchange rates of various currencies.

Posener Börse. Danzig, 14. Oktober. Scheck London 10.65, Dollarnoten 5.09, Reichsmarknoten -, Zlotynoten 57.25. An der heutigen Börse hielt die Abschwächung der Dollarnoten an. Im Freiverkehr hörte man einen Kurs von 5.08-10, Auszahlung New York 5.11. Für Reichsmark hörte man im Freiverkehr für Noten sowie Auszahlung Berlin einen Kurs von 114 1/2-116. Scheck London wurde mit 19.65 amtlich notiert.

Berliner Börse. Amtliche Devisenkurse. Table with columns for exchange rates.

Ostdevisen. Berlin, 14. Oktober. Auszahlung Posen 47.20-47.40, Auszahlung Kattowitz 47.20-47.40, Auszahlung Warschau 47.20-47.40; grosse polnische Noten 47.075-47.475.

Posener Kalender

Der Verein Deutscher Angestellter bittet uns, mitzuteilen, daß Herr Dr. Max Hobann in seinem Auftrag am Sonntag um 8 Uhr abends einen Vortrag über „Rugland“ gehalten hat...

Der „Gemischte Chor“ Bozná feiert am Sonntag, dem 24. Oktober 1931, in den Räumen des Zoologischen Gartens sein 37. Stiftungsfest. Eingeleitet wird der Abend durch eine auserwählte Festschule, welche durch die freundliche Mitwirkung von Frau Lina Starke, Konzertsängerin Frau Erika Biging-Mann, Musiklehrerin Fräulein Elisabeth Baesler, sowie der Männer- und Frauen-Kiege des Männer-Turn-Bereins-Posen besonders wertvoll zu werden verspricht...

Ein stotter Orchester dürfte dafür Sorge tragen, daß auch die Tanzlustigen voll und ganz zu ihrem Rechte kommen werden. Näheres wird noch durch Anzeigen bekanntgegeben.

Juan Manen, der hervorragende spanische Violinvirtuose tritt morgen, am Freitag, dem 16. d. Mts., abends 8 Uhr im Saale des Evangelischen Vereinshauses auf. Am Klavier Dr. Steinberger. Kartenverkauf bei Szejbronski, ul. Gwarna 20, am Tage des Konzerts ab 7 Uhr an der Kasse.

Wohin gehen wir heute? Teatr Polski: Donnerstag: „Das Heimchen hinter dem Ofen“. Freitag: „Der große Mensch für kleine Geschäfte“.

Teatr Romny: Donnerstag: „Die Vorstadt“. Freitag: „Die Vorstadt“. Sonnabend: „Die Vorstadt“.

Varietes: „Scala“ (früher Kino Sypłowe, ul. Marij. Jocha Nr. 4). Beginn um 8 1/2 Uhr. „Alhambra“. Beginn 8 Uhr abends. Zirkus Stankowski (ul. Fr. Katakajzaka) Beginn 8.20 Uhr.

Kinos: Apollo: „Die Verbannten von 1905“ (5, 7, 9 Uhr). Colosseum: „Auf halbbrecherischen Wegen“ (5, 7, 9 Uhr). Metropolis: „Zähmung einer Leichtsinnigen“ (1/2, 7, 9 Uhr). Renaissance: „Kabettentliebe“.

Stożec: „Madame Satan“ (5, 7, 9 Uhr). Wilsona: „Für die Sünden der Väter“ (Emil Jannings) (5, 7, 9 Uhr).

Wettervorhersage für Freitag, den 16. Oktober. Nachts klar mit Frostgefahr, am Tage wieder Bewölkungszunahme aber immer noch sehr kühl, schwache Luftbewegung. Keine Niederschläge.

Majestät der Markte am 15. Oktober: + 1,28 Meter.

Posener Börse. Fest verzinsliche Werte. Table with columns for interest rates and values.

Danziger Börse. Danzig, 14. Oktober. Scheck London 10.65, Dollarnoten 5.09, Reichsmarknoten -, Zlotynoten 57.25.

Berliner Börse. Amtliche Devisenkurse. Table with columns for exchange rates.

Table with columns for various exchange rates and market data.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Karola Marcinkowskiego w „Bazarze“, ul. Romańska 76. Jędrzej: Apteka Mickiewicz, ul. Mickiewicza 20. Jędrzej: „Pod Opatrznością Bożą“, ul. Dąbrowskiego 76. Lazarus: Apteka przy Parku Fortny, ul. Marij. Jocha 47. - Włda: Apteka Fortny, ul. Górna Włda 61. - Ständigen Apotheken in Włda haben: Solatich-Apothek, Mazowiecka 12. die Apotheke in Waisenhaus (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 5 Uhr abends), die Apotheke in Głowno, die Apotheke in Gurtichin, ul. Marij. Jocha 158, ul. die Apotheke der Stadtfrankenkasse, Pocztowa 25.

Rundfunkwoche. Rundfunkprogramm für Sonnabend, 17. Oktober.

Posen: 7: Gymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 13: Zeitzeichen. 13.05: Schallplatten. 14: Włda. Berichte, Börsennotierungen. 14.15: Landw. Nachrichten. 17.50: Politische Woche. 18.05: Von Włda. Włda: 18.05: Politische Woche. 18.05: Von Włda. Włda: 18.05: Politische Woche. 18.05: Von Włda. Włda: 18.05: Politische Woche. 18.05: Von Włda.

Warschau: 11.40: Pat.-Berichte. 11.58: Zeitzeichen. 12.10: Wetter. 14.45: Schallplatten. 14.50: Landw. Bericht. 15.15: Heeresnachrichten für alle Fronten. 15.45: Schifffahrt. 15.50: Schallplatten. 16.00: Junge Talente. 17.10: Vorlesung. 17.35: Schallplatten. 18.30: Konzert für die Jugend. 19.35: Schallplatten. 19.45: Funkzeitung. 20.15: Leichtes Musik. 21.45: Feuilleton. 22: Chopin-Konzert. 22.50: Berichte. 23-24: Leichtes Musik und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz: 6.30: Gymnastik. 6.50: 11.58: Zeitzeichen. 13.10: 14.50: Schallplatten. 16: Süd- und Ostdeutsche. 16.15: Genossenschaft. 16.30: Berliner neuer Lebensform. 18.40: Musik. 20: Tanzmusik. 21.10: Berlin: Kabarett. 22.45: Tanzmusik.

Königsweiden: 6.30: Gymnastik. 6.50: 11.58: Zeitzeichen. 12.05: Schallplatten. 14.50: Schallplatten. 15.45: Frauenstunde. 16: Schallplatten. 16.30: Konzert. 19.30: Dichterstunde. Köln: Luftiger Abend. 22.15: Tanz.

Zwangsvorstellungen. Sonnabend, 17. d. Mts., vorm. 10 Uhr. Martinstraße 37 (ul. Sw. Marcin) ein Schillerfest und ein Schreibisch nicht Seel. Sonntag, abend, 17. d. Mts., mittags 1 Uhr Sw. Marcin (St. Martinstraße) ein Büfett und Abend.

Andacht in den Gemeinde-Synagoga. Synagoga A (Wolnica). Freitag, abends 7 Uhr. - Sonnabend, morg. 7 1/2 Uhr; vorm. 10 Uhr. nachm. 5 Uhr mit Schriftklärung. - Sonntag, nachm. 5.35 Minuten. - Vertäglich, nachm. 7 1/2 Uhr mit anschließendem Lehrvortrag. Synagoga B (Dominikańska). Sonnabend, mittags 3 1/2 Uhr: Jugendandacht.

Die Lage in Ostasien

Vor militärischen Operationen?

London, 15. Oktober. (R.) „Times“ melden aus Peking: Das mandchurische Hauptquartier hat aus Sinin (ungefähr 80 Kilometer von Mukden) ein Telegramm erhalten, daß dort gestern vormittag 5 japanische Truppenzüge mit Infanterie und Kavallerie eingetroffen seien und zwei von Peking nach Mukden unterwegs befindliche Schnellzüge angehalten hätten. Dies werde, so heißt es, als ein Zeichen betrachtet, daß militärische Operationen in dem dortigen Gebiet bevorstünden.

London, 15. Oktober. (R.) „Times“ melden aus Shanghai: Der britische Gesandte in China, Sir Miles Lampson, ist gestern im Flugzeug von Peking nach Nanking abgereist. Auch der amerikanische Gesandte Johnson ist in Nanking eingetroffen. Die ganze japanische Kolonie mit Ausnahme der Beamten hat beschlossen, angesichts der drohenden Haltung der Studenten, Nanking zu verlassen.

Die Friedenskonferenz zwischen den Delegierten der Nanking-Regierung und der Kanton-Regierung ist auf nächsten Dienstag angeberufen worden.

Japans Haltung gegenüber der Genfer Einladung eines amerikanischen Beobachters

Tokio, 15. Oktober. (R. — Reuters.) Aus offizieller Quelle verlautet, daß die japanische Regierung sich wahrscheinlich der Annahme eines amerikanischen Beobachters bei den Genfer Verhandlungen des Völkerbundes über den Sinesisch-japanischen Konflikt widersetzen werde, falls die Vereinigten Staaten sich nicht bereit erklären würden, in Zukunft an Verhandlungen des Völkerbundes auch über alle anderen Konflikte studienhalber teilzunehmen. Sollte die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Völkerbundsverhandlungen eine permanente werden, würde Japan mit der Hinzunahme eines amerikanischen Beobachters bei den gegenwärtigen Ratsverhandlungen einverstanden sein, aber die japanische Regierung werde ihre Zustimmung nicht geben, wenn die Vereinigten Staaten ihre Teilnahme allein auf den Sinesisch-japanischen Konflikt beschränken würden.

Konferenz in China

Schanghai, 15. Oktober. (R.) Am 20. Oktober soll hier eine Konferenz der Vertreter der Kanton- und der Nanking-Regierung stattfinden, an der auch Tchangkaifang teilnehmen wird.

Anruf zur Selbsthilfe in Norwegen

Oslo, 15. Oktober. In Norwegen wurde ein Aufruf veröffentlicht, der die Bevölkerung zum Kauf norwegischer Waren auffordert. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten, dem Parlamentspräsidenten, dem Leiter der norwegischen Notenbank und anderen bekannten Persönlichkeiten des Landes. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Weltkrise Norwegen zwingt, die Einfuhr einzuschränken und einen Ausgleich zwischen Ausfuhr und Einfuhr herbeizuführen. Deshalb müsse das norwegische Volk soviel wie möglich norwegische Waren kaufen.

Ein ukrainisches Autonomieprojekt

Die P. P. S. reicht den Vorschlag ein

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 15. Oktober.

In der Sesjionierung vom vergangenen Dienstag hat die polnische Sozialistenpartei ein Autonomieprojekt für die von einer ukrainischen Bevölkerung bewohnten Gebiete Polens eingereicht. Das Projekt sieht als Gebiete für die Autonomie die Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw, Tarnopol, Wolhynien und Südpolen vor. Es enthält ferner Einzelheiten über die administrativen und kulturell-organisatorischen Maßnahmen, die bei der Autonomie zu berücksichtigen sind. Als Landessprache werden das Polnische und das Ukrainische vorgesehn.

Der „Robotnik“, das Organ der polnischen Sozialistenpartei, begründet heute in einem Leitartikel dieses Autonomieprojekts und schreibt, es gehe seiner Partei darum, in aller Deffenlichkeit zu zeigen, daß es in Polen noch solche Strömungen gibt, die konkrete Pläne aufzeigen können zu einer Lösung des tragischen Konflikts zwischen Polen und Ukrainern. Das Blatt weist darauf hin, daß das gegenwärtig eingereichte Autonomieprojekt bereits einige Jahre vor dem Ausbruch eingebraucht wurde, damals unter der Leitung

von Dajnyński, Diamant, Perł und Hołowko, der ebenfalls der Sozialistenpartei angehörte. Das Blatt schreibt dann wörtlich:

„Die Minderheitenpolitik des Sanierungs-lagers ist zu bekannt, als daß wir sie eingehend zu besprechen brauchen. Von der Lösung „für unsere und eure Freiheit“ ist keine Spur mehr übriggeblieben. Besonders für die Verhältnisse in der ukrainischen Frage ist die Ideologie des Lemberger „Słowo Polskie“ maßgebend geworden, eines Organs des nationalistischen Faschismus, das jeden Augenblick dem Professor Stanislaw Grabzki als dem Mitschöpfer des bekannten und nicht ausgeführten Sprachen-gesehes des zweiten Sejm extreme und geradezu verräterische Ultrarassentheorien vorwirft. Die Minderheitenpolitik des gegenwärtigen Lagers ist eine polizeimäßige Durchführung unbedingter Richtlinien. Diese Politik hat Polen zur Verschärfung des gegenseitigen Hasses zwischen den beiden Völkern, die die Südpolegebiete des Landes bewohnen, geführt und auch naturgemäß feinerlei Resultate gezeitigt. Um auf diesem Gebiete mit den bisherigen Begriffen zu brechen, hat die Sozialistenpartei ihren Antrag eingebracht, der sich aus den Notwendigkeiten des polnischen Lebens sowie den Traditionen der Sozialistenpartei ergibt.“

Aus der Republik Polen

Die Schwägerin Zar Nikolaus II. klagt gegen den polnischen Staat

Warschau, den 13. Oktober.

Vor einiger Zeit wurde von dem Warschauer Appellationsgericht der Gräfin Natalie Braß, der Witwe des Großfürsten Michael Alexandrowitsch, eines Bruders des Zaren Nikolaus II., auf eigenen Antrag hin das Armenrecht für Polen zugesprochen. Die Gräfin Braß hat daraufhin beim Bezirksgericht in Czestochowa Klagen gegen den Staat eingereicht auf Rückgabe des Gutes Jagorze, der Hütte „Blachownia“ und einiger großer Mietshäuser in Czestochowa, die der Staat in Besitz genommen hatte. Der Wert des Gegenstandes der Klage wird gegenwärtig auf etwa 1 Million Zloty geschätzt. Dem Klageakt sind angeschlossen ein Zeugnis der Sowjetregierung über den Tod Michael Alexandrowitsch, der im Jahre 1918 „eines gewaltsamen Todes in Perm gestorben ist“, sowie eine Bescheinigung des Sohnes der Gräfin Braß, der aus der morganatischen Ehe der Gräfin mit Michael Alexandrowitsch geboren wurde und kürzlich bei einer Autokatastrophe den Tod erlitten hat. Die Angelegenheit wird in 2 bis 3 Monaten verhandelt werden.

Ein Aufruf

Selbstschutz gegen das Deutschtum

Polnische Blätter veröffentlichen folgenden Aufruf des Nationalausschusses:

„Volksgenossen! Nach der Ratifizierung der Verträge mit Deutschland von polnischer Seite ist im März d. J. ein Aufruf veröffentlicht worden, der von der Nationalpartei, dem Lager des großen Polens und der nationalen Frauenorganisation unterzeichnet war. Dieser Aufruf warnte vor der deutschen Gefahr und rief die Bevölkerung zum Selbstschutz auf.“

Im Sinne der Antidünung ist ein Nationalausschuß (Komitet Obrony Narodowej) mit dem Sitz in Polen ins Leben gerufen worden, dessen Tätigkeitsbereich nicht nur die westlichen Wojewodschaften, sondern ganz Polen umfaßt. Mit Schmerz stellen wir fest, daß unsere Bevölkerung nicht unbegründet waren. In der letzten Zeit hat sich nämlich eine ganze Reihe von Fällen ereignet, wo polnischer Besitz in deutsche Hände verkauft worden ist.

In einer Reihe von Kreisen haben sich Polen gefunden, die ihre Wirtschaften lieber an deutsche als an polnische Reflektanten abgaben. U. a. hat im Kreise Schab in bei Bartoszin ein Pole seine Wirtschaft einem verbissenen Hakanlijan verkauft. In den Kreisen Wollstein und Schroda hat ein bekannter Magnat zwei große Güter an Deutsche verpachtet. Besonders im Gebiet der künftigen Eisenbahnlinie Herby—Znowroclaw—Gdingen bemühen sich die Deutschen schon heute, polnische Güter und Wirtschaften aufzukaufen. Aus den Seekreisen, aus der Kaschau kommen drohende Nachrichten darüber, daß infolge der Mißernte, die die dortigen Gegenden heimgeheilt hat, sehr befürchtet wird, daß polnischer Boden in fremde Hände übergehen werde.

Die Gefahr ist um so bedrohlicher, als man angeht, der wegen der Wirtschaftskrise sich ausbreitenden Not befürchtet muß, daß sich die Fälle des Verlustes polnischer Besitztümer häufiger wiederholen werden.

Deshalb muß in dieser schweren Stunde unsere Bevölkerung der Westländer große Widerstandsfähigkeit zeigen und ihre Wachsamkeit verdoppeln. Es muß sich eine starke öffentliche Meinung und eine solche Atmosphäre für die Verkaufslinge herausbilden, daß sie unter Androhung des Ausschlusses aus der polnischen Volksgemeinschaft

schaft die Luft verlieren, den polnischen Besitzstand zu schmälern.

Da die Behörden Deutschen die Aufassung für die Uebernahme polnischen Besitzes geben, muß der Kampf gegen den Ansturm des Deutschtums um so mehr auf den völkischen Faktor und auf eine geschlossene und entschiedene öffentliche Meinung gestützt werden.

Wir fordern euch, Volksgenossen, deshalb auf, den Nationalausschuß zu organisieren und gegenüber der deutschen Habgier planmäßige Gegenanstrengungen zu machen.

Die Schmälierung des polnischen Besitzstandes ist eine Volkssünde, ein Nationalverbrechen.“

Dieser Aufruf ist unterzeichnet von: Rechtsanwalt Dr. Stanislaw Celichowski, Redakteur Jerzy Drobnik, Jozefa Dabrowska, der Abgeordneten Helena Grodzmanowa, Jerzy Kijmanowski, Abg. Jozef Kawecki, Senator Dr. Cezlawa Meijner, Ing. Wiktor Maczkowski, Teodora Pawlowka, Abg. Kajnar Pietrzynski, Jozymunt Lucynski aus Luffowo, dem Prälaten Jozef Pradzynski, Ing. Karol Raczkowski, Senator Dr. Marjan Senda, Abg. Wojciech Trampczynski, Prof. Jozymunt Wojciechowski, Redakteur Stefan Wrazynowski.

Banknotenfälscher

Die schlesische Polizei ist einer weitverzweigten Banknotenfälscherbande auf die Spur gekommen, die ihre Zentrale in Bielawa in der Wojewodschaft Lodz hatte. Im Zusammenhang damit wurde ein Stanislaw Wozniak und dessen Frau festgenommen. Im Laufe der weiteren Ermittlungen wurden auch ein Wladyslaw Koj und der Lithograph Kazimierz Cielkowski verhaftet. Bei der Revision fand man in der Erde vergraben etwa 200 falsche 500-Zloty-Scheine und Geräte zur Herstellung falscher polnischer und amerikanischer Banknoten vor. Die Verhafteten sind den Kattowitzer Gerichtsbehörden zur Verfügung gestellt worden.

Großpapa Mussolini

Der Arbeitslose, der damals in Lausanne unter der Brücke nächtigte und am liebsten den seinen Leuten „an die Gurgel gefahren wäre“, wie er selber an seine roten Freunde schrieb, der Bagabund hat bei seiner Verhaftung gewiß nicht davon geträumt, daß er einmal einen Grafenproß zum Enkel haben werde. Jetzt kommt ihm solche Mär aus dem fernen Osten. Sogar in den Zeitungen kann er's lesen, daß Donna Edda, Contessa Galeazzo Ciano di Cortellazzo, Gemahlin des italienischen Geschäftsträgers in China, zu Schanghai einem gesunden Knaben das Leben geschenkt habe. Edda, seine Lieblingstochter! Dieses moderne Sportmädchen, dem er selber die Rettungsmedaille anheften konnte, weil es einen Ertrinkenden ans Land brachte. Also, da hat auch ein Mussolini ein Recht, zu strahlen.

Es gibt immer noch wahre Geschichten wie die der Gebrüder Grimm. Und die Arbeitslosen sollten wissen, daß nicht nur jeder den Marschallstab im Felleisen, sondern sogar die Möglichkeit hat, eines Tages noch zu blauem Blut zu kommen. Dazu muß man, wie das Exempel zeigt, nicht einmal alt werden. Großpapa Mussolini ist erst 48 Jahre alt und singt noch aus Leibesträften beim faszinierenden Schwertgefang mit: Giovinezza, giovinezza, primavera di bellezza! Jugend, Jugend, Schönheitsfrühling!

Kolonialkunst in Rom

Mussolini hat die erste Kolonialkunstausstellung Italiens eröffnet, in gewissem Sinne ein Gegenstück zu der Ethnologischen Ausstellung in Paris. Ist die französische gewissermaßen ein Triumphzug der Eroberer, so soll die römische zeigen, was „die Eingeborenen“ können und wie die Künstler verschiedener Nationen und Rassen sie sehen. Maler und Plastiker haben sich erstaunlich angestrengt, und man fühlt sich verjüngt, zu sagen, das sei nötig gewesen angesichts dessen, was die „Wilden“ können. Die nichtitalienischen Künstler sind allerdings nicht sehr zahlreich vertreten, doch wurde dem deutschen Maler Fritz Neuhaus für seine ausgezeichneten Tribolis-Bilder nobles ein eigener Saal eingeräumt.

Die Deutschen erfinden die Heilmittel gegen die Schlafkrankheit für die Kolonien der anderen, die Deutschen malen die Kolonien der anderen — denn wie meinte doch Scheidemann? „Kolonien brauchen wir nicht!“

Was der Tag sonst noch brachte

Bei einem Deichbruch in Japan sind mehr als 200 Personen ertrunken. Die Wassermassen ergossen sich in mehrere Dörfer und zerstörten alles.

Ein Flugzeug der deutschen Verkehrsflieger-schule wurde auf einem Fluge von Warnemünde nach Travemünde wegen plötzlichen Nebels zu einer Notlandung gezwungen. Dabei überschlug es sich. Die beiden Insassen wurden nach dreistündigem Treiben auf den Schwimmern von einem Fischerboot unverletzt geborgen.

Der „Kautlus“ ist gestern in Oslo an der norwegischen Küste verlenkt worden. Das Boot war gar nicht mehr benutzungsfähig.

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten Brandel beruht das Geständnis Matuskas zum größten Teil auf Wahrheit. Die Verhaftung weiterer Personen, die der Teilnahme an dem Attentat von Via Torbagn verdächtig sind, soll bevorstehen. Die Polizei ist in ihren Mitteilungen äußerst zurückhaltend, um die Untersuchung nicht zu stören. Die Untersuchung ist jetzt auch auf das Attentat, das in der Nacht zum 31. Januar d. J. bei Ausbruch in Niederösterreich erfolgte, ausgedehnt worden. Matuska hat in unmittelbarer Nähe der Stätte des Attentats gewohnt, so daß mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß auch dieser Anschlag auf sein Konto zu buchen ist. Viel besprochen wird die Frage, ob Desterreich den Attentäter Matuska an Ungarn oder Deutschland ausliefern wird. Das ungarische

Auslieferungsgesuch ist bereits nach Wien abgegangen.

Von dem Schwurgericht in Tübingen wurde der Hilfsarbeiter Eugen Benke wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode und wegen Totschlags zu 8 Jahren Zuchthaus unter Über-tennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, mehren sich in Ostpreußen seit der Einbringung der Ernte die Meldungen von Brandstiftungen, von denen Dörfer bevorzugt zu sein scheinen, die in der Nähe von Städten liegen.

Auf dem Walstahof bei Anspöck brach ein Feuer aus, dem der ganze Viehbesitz, die diesjährige Ernte und sämtliches Inventar zum Opfer fielen. Der Schaden, der durch Unachtsamkeit mit einer Zigarette verursacht wurde, wird auf 150 000 Kronen geschätzt.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“.

Druck: Concordia Sp. A. K. Sämtlich in Posen, Zwierzywiecka 6.

Die letzten Telegramme

Am das Vertrauen für Brüning

Berlin, 15. Oktober. (R.) Die Fraktion der Landvolkspartei hat dem Vornehmen nach den Beschlüssen der vorliegenden Miktschenausträge zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird jedoch erst am Donnerstag fallen. Von der Wirtschaftspartei nimmt man an, daß sie schließlich der Regierung ihr Vertrauen nicht verjagen wird. Im Augenblick läßt sich nur feststellen, daß die für die Regierung optimistische Tendenz überwiegt.

Bevorstehende Kündigung aller Siegerländer Bergarbeiter

Siegen, 15. Oktober. Die am Montag von den Gewerkschaften geführten Tarifverhandlungen für diese Bergbau sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen wurden für den 16. Oktober aberkannt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beabsichtigen die Unternehmer, heute durch diese Bergarbeiter zu kündigen, um trotzdem freie Hand in den Tarifverhandlungen zu bekommen. Im benachbarten Wilmshagen ist eine Einigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber über eine 5prozentige Lohn-erhöhung zustande gekommen.

Eine Rede des Generals Heyer

Salle, 15. Oktober. (R.) Der Stahlhelm verber der frühere Chef der Heeresleitung General Oberst a. D. Heyer sprach. Seine Ausführungen zielten in der Forderung, daß das deutsche Volk seine Wehrfähigkeit wieder erhalten müsse.

Unfall bei der britischen Marine

London, 15. Oktober. (R.) Als gestern das britische U-Boot 53 bei Übungen in der Nähe der Insel Wight untergetaucht war, stieß es sich heraus, daß ein Mann der Besatzung verheerlich Kommandant zurückgelassen worden war. Der Mann überlebte das U-Boot sofort wieder an der Oberfläche tauchen und mehrere Stunden lang Kermühen eine Spur zu entdecken. Nach Abhaltung eines Gottesdienstes kehrte das U-Boot in seinen Hafen Portsmouth zurück.

Abgestürzt

Innsbruck, 15. Oktober. (R.) Im Solstein-Gebiet fanden am Sonntag Gebirgswanderer das Gerüst eines Berunglückten. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich um die Ueberreste des Studenten Phil. Wolf aus Piegny, der seit Juli 1930 vermißt wird.

Macdonald

London, 15. Oktober. (R.) Macdonald lagte in einer Rede in Wingate: „Sobald unsere Aufgabe beendet ist, wird die gegenwärtige Regierung abtreten. Ich bin kein Konserver, sondern ich gehöre der Arbeiterbewegung an.“

Das Budget des französischen Kriegsministeriums um eine Milliarde Franks erhöht

Paris, 15. Oktober. (R.) „Republique“ glaubt zu wissen, daß der oberste Rat für die nationale Verteidigung in seiner letzten Sitzung am Montag mit Stimmenmehrheit eine Erhöhung des Budgets des Kriegsministeriums für das nächste Jahr um eine Milliarde Franks beschlossen habe.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 14. Oktober. (R.) In England ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, und zwar zum ersten Male seit langer Zeit. Die Abnahme der Arbeitslozenzahl betrug in der letzten Woche rund 35 000. Damit hat sich die Zahl der englischen Arbeitslosen auf annähernd 2 800 000 vermindert. Das Blatt der oppositionellen Arbeiterpartei behauptet, die günstigere Ziffer sei lediglich dadurch entstanden, daß zahlreichen Personen, besonders älteren Frauen, die Arbeitslozenunterstützung entzogen worden sei. Von anderer Seite wird erklärt, daß die Abnahme der Arbeitslozenzahl darauf zurückzuführen sei, daß in den Kohlenbergwerken mit Beginn der Winter-laison wieder Arbeitskräfte eingestellt worden seien.

Der Arbeitskonflikt auf deutschen Schiffen in Leningrad

Berlin, 14. Oktober. (R.) Die Mannschaften der zur Zeit im Hafen von Leningrad liegenden deutschen Schiffe haben vor einigen Tagen ohne vorherige Kündigung ihre Schiffe verlassen, weil sie einen vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht anerkennen wollten. Die Reichsregierung hat mit der Sowjetregierung in Moskau Verhandlungen eingeleitet, um den Redern zu ermöglichen, über die Schiffe wieder zu verfügen.

Explosionsunglück

Buzarejt, 15. Oktober. (R.) In einem Steinbruch bei Czernowich explodierte eine Dynamitmine, 20 Arbeiter, von denen 5 den Tod erlitten, wurden von den herabstürzenden Gesteinsmassen verpfühtet.

PRZESTROGA!

Rozporządzenie Rady Ministrów o wprowadzeniu postępowania doraźnego weszło w życie z dniem 10 września 1931 r.

W myśl punktu 9-tego rozporządzenia podlega

Karze śmierci

kto podpali umyślnie cudze lub własne budynki, służące na mieszkanie lub czasowy pobyt dla ludzi;

kto podpali inne mienie cudze jak: stodoły, chlewy, szopy, magazyny, stogi, lasy, torfowiska i t. d.;

kto podpali jakiegokolwiek mienie swoje, np. stodołę, chlew, stóg, torfowisko, płody rolne i t. d., jeżeli stąd pożar mógłby się przenieść na budynki, służące na mieszkanie lub na czasowy pobyt dla ludzi.

Przeciw wyrokom sądów wydanym w postępowaniu doraźnym nie służy odwołanie.

Kara śmierci wykonalna jest w ciągu 24 godzin.

W postępowaniu doraźnym nie mają zastosowania przepisy innych ustaw o złagodzeniu kary.

GENERALNY DYREKTOR Krajowego Ubezpieczenia Ogniowego w Poznaniu.

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten, auch von Seiten des Kirchenchores Noremias, danken auf diesem Wege herzlichst
Johannes Steinbrenner
u. Frau Ella, geb. Hoedt.
Gniezno, Oktober 1931.

Frei von Zinslast und Schulden durch unsere zinsfreien Tilgungsdarlehen.

Wer von teuren Hypotheken, Bankschulden pp. befreit sein will, oder wer Geld zum Ausbau oder zur Vergrößerung des Betriebes, zum Kauf oder zum Bau eines Hauses benötigt, der wende sich sofort an die deutsche **Bausparkasse Thuringia Akt.-Ges.**
BRESLAU I,
Ohlauer-Stadtgraben 16.
Tel. 51915.

Brillen, Kneifer, Lorgnetten
in großer Auswahl, genau optisch der Gesichtsforn angepasst empfohlen
Carl Wolkowitz
27 Grudnia 9 **Diplom-Optiker** 27 Grudnia 9
Absolvent der Hochschule für Optik in Jena
Augenuntersuchungen mittels eines auf streng wissenschaftlicher Grundlage konstruierten Apparates **kostenlos.**



Kaufe jedes Quantum rote u. weiße Speisekartoffeln
zu höchsten Tagespreisen.
Auf Wunsch Kasse bei Abnahme.
EMIL BLUM, Poznań, Al. Marcinkowskiego 27.
Tel. 33-31 u. 33-35.

Zwei Paar erstklassige Silberfuchse
farmgezüchtete Tiere von höchstprämiierten Eltern, tschadischer Abstammung, preiswert zu verkaufen.
Näheres durch **Frau Gutsbehrer Anna Jahnz,** Owieczki, per Rogoźno, Wilk.

Klavier
sofort zu kaufen gesucht.
Off. u. 1950 a. d. Gest. d. Ztg.

Junger strebbarer energischer Landwirt,
der einige Jahre Paris hat und beabsichtigt, weiter zu kommen, wird für 1800 Krogen große sehr intensive Rübenwirtschaft **gesucht.**
Bedingung: perfekt Polnisch und Deutsch in Wort und Schrift. Beständnis für Milchwirtschaft.
Angebote mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter Nr. 1999 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen
17.-24. Oktober 1931.
Sonntag, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, 1/8 Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Predigt und Amt; 3 Uhr: Rosenkranz und hl. Segen. — Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. — Dienstag, 7 Uhr: Jünglingsverein. — Montag, Mittwoch, Freitag, 6 Uhr: Rosenkranz-Andacht.

Berlinde fest herpad...
Kisten handgepflichte, große und sortierte **Dauecäpfer** nachstehender Sorten:
Roter Grabenheimer
Schöner von Boskoop
Wintergoldparmäne
Kaiser Alexander
Roter Eisapfel
Bestreifer Winterstall
Bestellung, nimmt entgegen
H. Boese
Drzewce
p. i pow. Miedz ychod.

Lang Großbulldog
nebst 2-3-jähr. Welpen
pflug mit 5-jähr. Schale
einfach, tadellos erhalten
weg. Pachtübergabe
vertäuflich.
W. Gietz, Nieszawka
p. Podgórz, pow. Torun.
Englisch und Französisch
richtet M. Dolgow
Kreta 24, II. Stod. Int.
Anmeld. 6-8 Uhr abend.

Überschriftswort (fett) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer
Möbliertes Frontzimmer
Zentralheizung, elektr. Licht, zu vermieten. Poznań, Słowackiego 42, II.

Bescheidenes Zimmer
Nähe der Universität sucht Student. Off. unter 1983 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Alleinstehende Dame sucht **Mitbewohnerin** (mit voller Verpflegung), gut möbl., ruhiges Zimmer. l. Exp., elektr. Licht, Bad, Bedienung. Nähe Schloß. Anfragen unter 1987 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Zimmer
mit Küchenbenutzung für Ehepaar sofort abzugeben. Sw. Wojciech 7
2. Eingang, Wohnung 12.

Heirat
Älteres, besseres Fräulein, evgl., sehr wirtschaftlich, gutes Gemüt und Kinderlieb, wünscht passenden Herrn **zwecks Heirat** kennenzulernen. Vermögen vorhanden. Diskretion Ehrensache. Off. m. Bild u. 1988 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Fräulein, Ende 30er, kath., mit einigen tausend Bloth Vermög., u. eine 3 Zimmer-Einrichtung sowie Wohnung, wünscht einen Herrn im passenden Alter u. gut. Position kennenzulernen **zwecks spät. Heirat.** Off. u. 1998 a. d. Gest. d. Zeitg.

An- u. Verkäufe
Pianino
sofort zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. 2000 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Gute Winteräpfel
zu kaufen gesucht. Offerten nur mit Preis u. Angabe der Sorten an „Par“, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11, u. Nr. 57,267. 1943 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Hausgrundstück
bestehend aus 18 Zimmern, gute Lage der Stadt, zu jedem Geschäft geeignet, an einen ernstlichen Käufer zu verkaufen. Off. zu richt. u. 1943 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Wirtschaft
200-400 Morg., mit etwas Wald, sowie dazugehörigem fließenden oder stehenden Gewässer zu kaufen gesucht. Gest. Offerten unter 1986 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Möblierte Zimmer
vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN“ im Posener Tageblatt.

Grundstück
nebst Möbelladen ist in einer regen Geschäftsstadt zu verkaufen. Offerten u. 1984 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Gebrauchte
Möbel, Garderobe, verschiedene andere Gegenstände kauf und verkauft
Nowy Dom Komisowy, Wozna 16.

Landwirtschaft
31 Morg. mit Ziegelei, soj. billig zu verkaufen oder zu verpachten. Off. zu richt. u. 1995 an d. Gest. d. Ztg.

Haus
Stall und Garten zu verkaufen. Sielska 14.

Geldmarkt

Suche
zur Ablösung - Hypothek 35 000 zł zu leihen. Kapital sowie Zinsen durchaus sicher, da Jahresmiete 14 000 zł. Gebiete Offert. u. „Chylich“ 1991 a. d. Gest. d. Ztg.

Offene Stellen

Gesucht
zum 1. oder 15. Novbr. für dtsch. Haushalt in Warschau
Hausmädchen
welches schon in herrschaftlichen Häusern in Stellung war, perfekt ist in Hausarbeit und möglichst Kenntnisse im Nähen u. Plätten besitzt. Bitte Zeugnisabschr. u. Gehaltsanpr. einreichen u. 1993 a. d. Gest. d. Ztg.

Lehrling gesucht
Fotografier St. Myszkowski Lwówok (Pozn.)

Für 600 Morg. wird zum 1. November 1931 **Eleve gesucht.**
Freie Station ohne Wäsche, kleines Taschengeld. Bewerbungen mit Lebenslauf mit. 1929 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Stellengesuche

Mädchen für alles
mit Kochkenntnissen, deutsch-polnisch, sucht Stellung. Luce Berthold, Smigiel, Matejki 10.

Brennereigehilfe
25 Jahre alt, Unteroff. d. Rei. 2 Jahre im Fach, vertraut mit der Brennereibuchführung, der deutschen u. polnischen Sprache in Wort u. Schrift mächtig, sucht sofort Stellg. für die Kampagne 1931/32. Off. u. 1997 a. d. Gest. d. Ztg.

Verschiedenes

TERRANA
Kassaden-Gehelpf.
E. Werner, Oborniki,
Dworcowa 54. Telefon 12.

Tischlerarbeiten
Reparaturen u. Reparaturen jeglicher Art werden schnell und sachgemäß ausgeführt.
P. Sommer, Tischlermeister, Poznań, Sw. Marcin 10.

Tauschheit heilbar
Erfindung Barbara Sp. Spezialität vorerh. Dr. Se. tätig Schwerhörigkeit. Sch. saufen, Ohr. reich. Dankbare. lange neue. stliche. reude. Brochure. Kaphonia. 1. 1. 1. 1.

Hausverwaltung
sowie Ausarbeitung u. Führung der Hausbücher. billigt. Offerte u. 1999 an die Geschäftsst. d. Zeitg.